

NORDENSTADT-NACHRICHTEN

8. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert Januar/Februar 1984

+++ Nachrichten +++++ Unterhaltung +++++ Meinungen +++++ Hintergründe +++

EINGLIEDERUNGSVERTRAG UNGÜLTIG

Am 9. März 1974 unterzeichneten die Vertreter der damals noch selbständigen Gemeinde Nordenstadt und der Landeshauptstadt Wiesbaden den Eingliederungsvertrag. Die Stadtverordnetenversammlung und die Gemeindevertretung gaben diesem Vertrag zuvor ihre Zustimmung.

In diesem Vertrag wurde geregelt, welche Gebühren, Beiträge u.ä. für bestimmte Übergangszeiten zu erheben sind. Die Errichtung und die Aufgaben der Ortsverwaltung sowie die Auflistung verschiedener, zum großen Teil noch nicht realisierter Investitionsmaßnahmen gehören ebenso zu dem Vertragswerk. Geregelt wird in diesem Zusammenhang auch die kostenlose Nutzung des Gemeindezentrums,

der Taunushalle und des Sportplatzes für die Nordenstädter Vereine. Ein Anschluß- oder Benutzungszwang an die Straßenreinigung oder die Auflösung oder Aufgabenreduzierung der Ortsverwaltung kann nur mit Zustimmung des Ortsbeirats erfolgen.

Und, vor nicht allzu langer Zeit, wurde festgestellt, daß dieser Vertrag nicht rechtskräftig ist. Warum? Wegen eines Formfehlers. Der Vertrag hätte nach der Unterzeichnung in den jeweiligen offiziellen Bekanntmachungen veröffentlicht werden müssen. Das geschah nicht. Die SPD stellte bereits im April 1982 einen vom Ortsbeirat gebilligten Antrag an den Magistrat, die bekannten Rechtsmängel zu beseitigen.

Vertreter der Landeshauptstadt Wiesbaden nutzten zwischenzeitlich diesen Rechtsmangel zur Argumentation für die vertragswidrige Erhöhung des Wasserpreises.

Ein vom Ortsbeirat einstimmig gebilligter Antrag der SPD fordert den Magistrat nochmals auf, die notwendige Veröffentlichung zu veranlassen.

Lesen Sie hierzu auch die von Dr. Siegfried Brill vorgetragene Erklärung der SPD-Fraktion unter der Überschrift "Wasserpreis".

WW

ZUSAMMENARBEIT

Am 25. Januar 1984 wurde der von der SPD geführten Landesregierung eingebrachte Haushalt 1983 mit den Stimmen der SPD und der Grünen verabschiedet. Dieser Entscheidung gingen zähe, in der Sache harte und intensive Gespräche voraus, öffentliche und solche in thematisch eingegrenzten Arbeitsgruppen. Nun gilt es zwei weitere Ziele zu erreichen: die Verabschiedung eines Haushalts 1984 und die Wahl einer Landesregierung! Beides sind für die SPD im Interesse des Landes und der Demokratie unverzichtbare Ziele.

Klar und eindeutig waren und sind die Positionen der Sozialdemokratischen Verhandlungskommission durch den Landesvorstand abgesteckt worden: nicht über eine Vernichtung von Arbeitsplätzen, sondern nur über die Sicherung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist der Leiter der Verhandlungskommission, Ministerpräsident Holger Börner, bereit zu sprechen.

Und er konnte diese Linie bisher durchhalten! Mehrfach schienen die Grünen am Rande ihrer Verhandlungsmöglichkeiten angelangt zu sein; aber dann setzte sich die Gruppe der Realpolitiker durch und führte die Gespräche auf einen Punkt zu, der für die SPD akzeptiert werden konnte und der schließlich in der Form der Usinger Beschlüsse sowohl die Zustimmung zu bis dahin Erreichten als auch die Zustimmung zum Haushalt sowie zu weiteren Verhandlungen mit dem Ziel einer langfristigen Zusammenarbeit mit der SPD umfaßte.

Damit waren die Themen Energiepolitik, Umweltpolitik, Jugendausbildung, Frauenpolitik und Grundsätze der Verkehrspolitik beraten.

Nun werden die Verhandlungen fortgeführt mit dem Ziel, unter Berücksichtigung der miteinander vereinbarten haushaltswirksamen Maßnahmen einen Haushaltsplanentwurf in die parlamentarischen Beratungen einzubringen.

Dabei werden eine Reihe von Schwerpunkten für die angestrebte Zusammenarbeit von Bedeutung sein, die auszugsweise folgendes umfassen:

- in der Jugendausbildung: weiterer Abbau des Ausbildungsstellenmangels, Förderung von Selbsthilfeinitiativen arbeitsloser Jugendlicher, Erhöhung der vollzeitschulischen Ausbildungskapazität;
- im Umweltschutz sollen die Bekämpfung des Waldsterbens, die Ausschöpfung aller rechtlichen und politischen Möglichkeiten für drastische Emissionsminderungen bei Kraftwerken und Kraftfahrzeugen und ökologisch sinnvolle forstliche Sofortmaßnahmen Vorrang haben;
- ein Aktionsprogramm für Frauen soll vorrangig die Selbstbestimmungsrechte für Frauen in die Tat umsetzen durch Bezuschussung autonomer Frauenhäuser, Initiativen ausländischer Frauen und Frauen-Bildungs-Projekte;
- im Bereich Verkehr wird die SPD die in Hessen geplanten Straßenprojekte einer erneuten Überprüfung und Neubewertung unterziehen, insbesondere dort, wo noch kein Planfeststellungsbeschluß erlassen worden ist.

Eindeutig aber hat die SPD Verhandlungskommission folgende Punkte als nicht verhandlungsfähig in den weiteren Gesprächen festgestellt:

1. Die SPD befürwortet die weitere Nutzung der in Hessen vorhandenen Kernenergieanlagen. Für den künftigen Weg bleibt die Klarheit in der Entsorgungsfrage Bedingung.
2. Die SPD hält die Inbetriebnahme der Startbahn-West für notwendig. Sie hält die Forderung nach Straffreiheit für Straftaten, die bei Aktionen gegen den Bau der Startbahn begangen wurden, für nicht verhandlungsfähig.
3. Die SPD wird einer Einschränkung der inneren Sicherheit in Hessen nicht zustimmen.

Die vorliegenden Ergebnisse lassen mit den Grünen eine längerfristige Zusammenarbeit in Hessen möglich erscheinen. Ein Zerreden des Erreichten oder eine Abkehr von den Grundsatzpositionen wird es mit der SPD als "Preis der Macht" nicht geben.

nj

Wasserpreis

Erklärung der SPD-Fraktion im Ortsbeirat Nordenstadt

In dem Eingliederungsvertrag, den die Gemeinde Nordenstadt 1974 mit der Stadt Wiesbaden geschlossen hat, war u.a. vereinbart worden, daß der Wasserpreis in Nordenstadt auf die Dauer von zehn Jahren nach der Eingliederung nur um den Betrag erhöht werden dürfe, um den ihn auch eine selbständig gebliebene Gemeinde hätte erhöhen müssen. Der Innenminister hat in seinem Genehmigungsverlaß den Übergangszeitraum auf zwei Jahre reduziert; tatsächlich ist der Wasserpreis dann nach vier Jahren angeglichen worden. Dies geschah auch in anderen Vororten, z.B. in Breckenheim.



Auf Anregung der SPD Nordenstadt haben ein Nordenstadter und ein Breckenheimer Bürger gegen die vorzeitige Erhöhung vor dem Verwaltungsgerichtshof (VGH) eine Normenkontrollklage angestrengt, die von uns, der SPD Nordenstadt, inhaltlich und kostenmäßig geführt wurde. (Die beiden Bürger waren zur Zeit der Vertragsabschlüsse Mitglieder der gemeindlichen Körperschaften in Nordenstadt bzw. Breckenheim und von daher auch politisch an der Klärung der Rechtsfrage interessiert.)

Juristischer Kernpunkt unserer Argumentation war: der Wasserpreis ist seit der Eingliederung keine öffentlich-rechtliche Gebühr, sondern privatrechtliches Entgelt; privatrechtliche Vereinbarungen hat der Innenminister aber nicht beanstandet. Das Verfahren wurde dann aber mehr und mehr von der Frage überschattet, ob der Vertrag mit Nordenstadt wegen fehlender Veröffentlichung überhaupt gültig sei. Deshalb bezogen wir Breckenheim mit ein; denn dort ist der Vertrag nach Unterzeichnung veröffentlicht worden, in Nordenstadt vor der Unterzeichnung.

Gegen den Wasserpreis klagte im übrigen auch ein Nauroder Bürger, aber mit einer anderen rechtlichen Argumentation. Deshalb konnten wir uns da nicht einfach "anhängen".

Wir hatten an das Verfahren die Hoffnung geknüpft, daß der VGH - unabhängig von der konkreten Entscheidung in der Sache - eine bindende Aussage über die Gültigkeit oder Ungültigkeit des Eingliederungsvertrags machen würde. Eine ähnliche Erwartung hatte auch der Oberbürgermeister vor drei Jahren geäußert.

Wie sieht das Ergebnis aus?

Wir haben durch Urteil vom 17.08.1983 - ebenso wie der Nauroder Bürger - den Prozeß verloren. In der schriftlichen Urteilsbegründung, die seit Mitte Dezember

1983 vorliegt, räumt der VGH der möglichst raschen Gleichbehandlung aller Bürger nach der Eingliederung Vorrang vor abweichenden Vereinbarungen ein und folgt damit ganz der Linie des Innenministers. An der Gültigkeit der Verträge mit Breckenheim und Nordenstadt äußert das Gericht erhebliche Zweifel; aber es hat die Frage nicht entschieden. Als gesetzestreue Bürger haben wir das Urteil, gegen das es keine Rechtsmittel gibt, zu akzeptieren.

Doch etwas anderes wollen wir nicht akzeptieren: das Verhalten der Landeshauptstadt in diesem Verfahren. Es ist skandalös, daß dieselbe Stadt, die den Vertrag mit Nordenstadt geschlossen hat, nun als Antragsgegnerin in dem Verfahren sich auf die Rechtsungültigkeit wegen fehlender Veröffentlichung beruft. Dies tut dieselbe Stadt, die sich bislang der Forderung nach Heilung der Rechtsmängel entzogen hat - mit dem Argument, man wolle erst einmal das Urteil abwarten.

Die Gemeinde Nordenstadt existiert nicht mehr; nur die Stadt kann noch die Gültigkeit des Vertrages retten. Doch so wie sie offiziell argumentiert, muß man fragen: will sie es überhaupt? Wollte sie es, hätte sie es längst tun können. Das wäre ein Akt demokratischer Loyalität gegenüber den klagenden Bürgern und gegenüber den Bürgern in den östlichen Vororten gewesen. Denn in dem Vertrag geht es ja um mehr als den Wasserpreis. Es geht um Verpflichtungen der Stadt zur Erhaltung der bürgernahen Ortsverwaltung und zur Entwicklung Nordenstadts. Das betrifft auch alle die Bürger, die erst nach der Eingliederung Nordenstadts (1.1.1977) hierher gezogen sind.

Man mag einem Privatmann zugestehen, daß er zur Abwehr einer Forderung in einem Rechtsstreit jeden Vorteil zu seinen Gunsten nutzt. Man kann das nicht einer Stadt im Verhältnis zu ihren Bürgern zugestehen. Hier haben auch Maßstäbe politischer Moral zu gelten. Und Maßstäbe politischer Weitsicht - was man so an demokratischer Loyalität bei den Menschen kaputt macht, ist schwerer zu heilen als ein formaler Rechtsmangel.

Noch haben wir die Hoffnung nicht aufgegeben, daß Moral und Weitsicht über winkeldröckliche Schläue siegen!

S.B.

Bekommt Nordenstadt einen pünktlichen Osterhasen?



Weihnachten - nun einige Zeit vorbei für wahr ein besinnliches Fest. Baum geschmückt, Geschenke verpackt, das Warten auf den Weihnachtsmann, Bescherung pünktlich um 17 Uhr.

16,55 Uhr Die Erwartung steigt.
17,00 Uhr Jetzt muß er kommen.
17,10 Uhr Wo bleibt er bloß?
17,30 Uhr Zweifel der Kinder, ob sie in diesem Jahr brav genug waren.
17,45 Uhr Zweifel der Eltern, ob sie in diesem Jahr brav genug waren.
17,50 Uhr Vater böse: "Wo bleibt nur dieser Weihnachtsmann?"
17,55 Uhr Endlich, da ist er, der Weihnachtsmann!

Schöne Bescherung, beschauliches Fest! Vater nimmt sich den Weihnachtsmann beiseite, schaut auf seine Uhr, schimpft, unzuverlässiger Weihnachtsmann. Der Weihnachtsmann klagt, schwerer Einsatz in Nordenstadt, katastrophale Hausnumerierung, teilweise unklar, in welcher Straße man sich befindet, daher erhebliche Verzögerungen. Armer Weihnachtsmann!

Vater und Weihnachtsmann überlegen gemeinsam; was wäre wenn.....? "Zum Glück war's ja nur der Weihnachtsmann."

Könnte man in diesem Jahr die Arbeit des Weihnachtsmanns nicht erleichtern? Durch eine klare Hausnumerierung oder durch zusätzliche Hinweisschilder? Wer solche Klagen, oder besser, wer dazu Anregungen hat, hier entsprechende Abhilfe zu schaffen, wende sich bitte an die Redaktion der NORDENSTADT NACHRICHTEN oder direkt an die Ortsverwaltung.

Hoffen wir, daß vielleicht bereits der Osterhase pünktlicher sein kann!^{WiH}

KAUGUMMITAUTOMATEN

Die Aufstellung von Kaugummiautomaten, besonders an Bushaltestellen, wird man möglicherweise nicht verhindern können. Die Anbringungshöhe macht jedoch sicherlich jeden Lebensmittelüberwacher hellhörig. Diese Automaten sind nämlich so niedrig angebracht, daß nicht nur Kinder verführt werden, sich des Automaten zu bedienen, sondern auch auf Hunde eine wohl magnetische Kraft ausüben. Zuvor noch mit der Schnauze den Laternenmast abgescnuppert und dann den Entnahmeschacht des Kaugummiautomaten überprüft. Guten Appetit?

ww

ÄRGERLICH, LÄCHERLICH !

Hundebesitzer werden nicht beneidet, wenn sie bei jedem Wetter ihr Tier ausführen müssen. Wie wenig einige dieser Mitbürger dabei "bei der Sache" sind, kann man an den Spuren ahnen, die von den Hunden vornehmlich mitten auf dem Gehweg hinterlassen werden. Nur selten führen in Nordenstadt Kinder Hunde aus; von den Erwachsenen dürfte man eigentlich erwarten, daß sie darauf achten, so sich ihr Hund niederläßt. Es ist weder angenehm, noch zumutbar - bei Dunkelheit möchte man am liebsten fliegen -, sich zwischen zertretenen Hundehaufen seinen Weg zu suchen.

Es ist ärgerlich aber auch lächerlich, daß man dieses Thema aufgreifen muß; denn bei manchen Hunden geht's auch anders. Ein wenig mehr Rücksichtnahme wäre erfreulich!

G.J.

DIE VEREINE IN NORDENSTADT UND IHRE ANSPRECHPARTNER

CBVN - Carnavals- und Brauchtumsverein
Reiner Pfeifer, Horchheimerstr.2,
Tel. 14661, und Gesine Teschke,
Römerstraße 48, Delkenheim,
Tel.3207

DRK - Deutsches Rotes Kreuz
Klaus Bansemir, Am Wingert 9,
Tel. 4873

FFN - Freiwillige Feuerwehr
Johann Müller, Freiherr-vom-Stein-
Str. 9, Tel. 6250, und Bernd Rietze,
Rüsselgasse 13, Tel. 15588

KZV - Kleintierzuchtverein
Winfried Schreiner, Eschenstr. 7,
Tel. 2389 und Hans Gerhardt,
Breckenheimer Weg 9, Tel. 2681

LFV - Landfrauenvereinigung
Helga Feidt, Stolberger Str. 41,
Tel. 6361, und Gertrud Schuppener,
Robert-Stolz-Str. 16, Tel. 2206

MGV - Männer-Gesangs-Verein
Theo Koch, Robert-Stolz-Str. 25 a,
Tel.15489, und Karl Kern, Oberfort-
straße 18, Tel. 6416

MVN - Musikverein
Erich Winzer, Hessenring 7, Tel.6366,
und Günter Schäfer, Dessauer Str. 4,
Tel. 6522

TUS - Turn- und Sportverein
Horst Lottig, Freiherr-vom-Stein-
Straße 11, Tel. 6348, und Gerhard
Peil, Friedhofstraße 12, Tel. 15388

OBV - Ortsbauernverband
Gerhard Dreßler, An der Igstadter
Straße 4, Tel. 13916

SJD - Die Falken
Gertrud Jensen, Horchheimerstraße 1e,
Tel. 4147, und Gabi Wahler, Pommern-
straße 45, Tel. 6727

Vorsitzender des Vereinsrings: Hermann
Scherer, Geisbergweg 7, Tel. 13678

GUT BESUCHTE JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

Die Stühle wurden knapp, der Saal war voll, die SPD Nordenstadt hatte ihre Jahreshauptversammlung!

50 Prozent der Mitgliedschaft war erschienen, um den Geschäftsbericht der SPD aus dem Jahre 1983 zu hören, den alten Vorstand zu entlasten und einen neuen zu wählen.

Einziger Kandidat für den Vorsitzenden war auch diesmal Paul Hüllenhütter, der mit großer Mehrheit wieder gewählt wurde. Zu seinen Stellvertretern wurden Dr. Siegfried Brill und Werner Wahler gewählt; Schriftführer sind nun Katrin Kiehne und Harald Schindler; die Kasse liegt in den Händen von Ursula Deininger und Elke Spiekermann und als Beisitzer fungieren für das vor uns liegende Geschäftsjahr Anita Hebenstreit, Nils Jensen, Annemone Lux, Dr. Eberhard Meyer, Heinz-Joachim Meyer und Dieter Schröfl.

Sozialdezernent Achim Exner war zur Versammlung gekommen, um die Ehrung für 25-jährige Parteimitgliedschaft zweier

Nordenstadter SPD-Mitglieder vorzunehmen. Eberhard Busch und Bodo Heimbächer sind im Jahre 1959 - das Jahr der Verabschiedung des Godesberger Programms - der SPD beigetreten. Ein Stück Parteigeschichte wird bei solchen Anlässen durch die Geehrten besonders deutlich. Unser Dankeschön für diese lange Verbundenheit brachte der herzliche Applaus zum Ausdruck.

Die Kommunalwahl im nächsten Jahr beginnt, ihre ersten Entscheidungen in den Parteigremien zu fordern. So auch bei uns: der Kandidat der SPD Nordenstadt für ein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung war zu benennen. Einziger Kandidat auch hier Paul Hüllenhütter. Die Versammlung unterstützte seine Kandidatur mit einer eindeutigen, breiten Mehrheit. Nun gilt es, diese Entscheidung auf der entsprechenden Delegiertenkonferenz in Wiesbaden weiterzutragen und durch ein gutes Wahlergebnis bei der Kommunalwahl dafür zu sorgen, daß Nordenstadt künftig auch durch einen SPD-Stadtverordneten vertreten sein wird.

kie



Unser Bild zeigt Stadtrat Achim Exner (2. v. links) bei der Ehrung von Eberhard Busch (1.) und Bodo Heimbächer (3. v. links) für ihre 25-jährige Mitgliedschaft in der SPD. Neben Bodo Heimbächer, Paul Hüllenhütter, wiedergewählter Vorsitzender der SPD-Nordenstadt.

Einladung an alle Nordenstädter
am Mittwoch, 28. März 1984, 20⁰⁰ Uhr
im Restaurant Taunushalle mit:

Dr. Siegfried Brill (SPD)

Alois M. Olbrich (CDU), Dr. Herbert Sperling (FDP)

zum **Nordenstadt-Gespräch**

Der Ortsbeirat: Politisches Entscheidungsgremium
oder Einrichtung zur Vermittlung
bereits getroffener Entscheidungen?

GEBET zur MAHNWACHE am Erbenheimer Flughafen am 21. November 1983

Wir bitten und beten, wir schreien und
schweigen
zu Gott und den Menschen:

Laß nicht zu,
daß bald die Raketen einsatzbereit sind,
die Menschen wie Ungeziefer vernichten
und Erdteile verbrennen und verseuchen.

Laß nicht zu,
daß der Einsatz dieser Raketen
als so gerecht und notwendig erklärt
werden wird
wie die Atombomben auf Hiroshima und
Nagasaki.

Laß nicht zu,
daß wir denen glauben,
die uns jetzt beschwichtigen
und mit vielen Worten die Angst der
Menschen zuschütten.

Laß nicht zu,
daß unser Friede nur noch mit
Gewalt und Stärke gesichert werden soll.
Laß uns gewaltfrei sein.

Laß nicht zu,
daß wir uns und unser Leben
diesen Raketen anvertrauen
oder denen, die über sie verfügen.

Ehre sei Gott in der Höhe.
Bewahre uns vor dem Raketenfrieden auf
Erden!

Wir bitten und schreien
zu Gott und den Menschen:
Laß es nicht zu!

A. Junghans

WENN DER WEIßE FLIEDER WIEDER BLÜHT....

Eines unserer Dauerthemen: der Westringausbau geht uns verloren! Er wird tatsächlich ausgebaut. Jeder der dran vorbeikommt, kann es ganz deutlich sehen.

Laut Auskunft des zuständigen Amtes gehen die Arbeiten zügig voran, sollte nicht doch noch ein Winterbruch kommen, gehen die Vorstellungen dahin, daß Ende April/Anfang Mai die Ausbauarbeiten beendet sein werden.

Dem Grünflächenamt stünde dann einer Bepflanzung des Grünstreifens nichts mehr im Wege und wenn die ersten warmen Frühlingstage da sind, blüht vielleicht auch am "neu gewandeten" Westring der weiße Flieder?? KK

VERTRETER DER BÜRGERINITIATIVE BEI MINISTER WÖRNER

Vertreter der Bürgerinitiative gegen die Reaktivierung des Flughafens Wiesbaden-Erbenheim besuchten Ende Januar den Verteidigungsminister, um ihm die Problematik der Reaktivierung vorzutragen. Grund für unsere Redaktion, Horst DOMES über den Besuch zu interviewen. Die Bürgerinitiative wird in unserem Stadtteil und von der SPD unterstützt.

REDAKTION:

Herr Domes, Sie waren im Januar mit Vertretern der Bürgerinitiative bei Verteidigungsminister Wörner in Bonn. Zu welchen konkreten Ergebnissen hat Ihr Gespräch geführt?

HORST DOMES:

Zunächst möchte ich einmal sagen, daß unser Gespräch mit Minister Wörner in einer ausgesprochen offenen Atmosphäre stattgefunden hat. Es ist uns gelungen, den Minister davon zu überzeugen, daß im Verständnis der Bevölkerung die von den Amerikanern bestrittene Nutzungsänderung des Flughafens Erbenheim - Wechsel von einer Panzereinheit zu einer fliegenden Einheit - faktisch als solche anzusehen ist. Die Amerikaner behaupten, der Flugplatz sei nie stillgelegt worden, auch während der Belegung mit einer Panzereinheit habe permanent Flugbetrieb stattgefunden. Dem ist nicht so, lediglich zu Manöverzwecken wurde geflogen, was auch von Frau Rönsch und Herrn Zink, die Bundestagsabgeordneten aus Wiesbaden und dem Main-Taunus-Kreis, so bestätigt wurde.

Deshalb - so Minister Wörner - sei es logisch und bündig, in der Wiederbelebung mit einer fliegenden Einheit eine Nutzungsänderung zu sehen, die eine Zustimmung sowohl der Landesregierung, des Verteidigungsministeriums als auch des Verkehrsministeriums erforderlich macht. In diesem Sinne will nun auch der Minister erneut mit den Amerikanern verhandeln und diese Gesichtspunkte verstärkt einbringen.

REDAKTION:

Hat Minister Wörner aufgrund Ihres ersten Gesprächs im September 1983 und Ihrer schriftlichen Petition bereits mit den Amerikanern entsprechend verhandelt?

HORST DOMES:

Ja. Minister Wörner hat General K. Otis, Commander 7th United States Army, in einem Schreiben gebeten, keine weiteren Fakten zu schaffen, ehe nicht eine allseits befriedigende Lösung gefunden sei. Außerdem hat er den Amerikanern vorgeschlagen, die Hubschraubereinheit auf mehrere andere Standorte zu verteilen, um die Belastungen für die Bevölkerung möglichst gering zu halten. Zur Verwirklichung dieser Forderung hat er sieben Standorte im Bereich des 5. Armee-Corps angeboten, und der Bund war bereit, die nötigen Mittel zur Schaffung der entsprechenden Infrastruktur bereitzustellen. Leider haben die Amerikaner dies bislang abgelehnt.

REDAKTION:

Steht der angegedeutete Ausbau des Flugplatzes mit der Reaktivierung im Zusammenhang?

HORST DOMES:

Uns wurde gesagt, der Ausbau des Flugplatzes Erbenheim sei 1977 beschlossen worden, um ihn für Krisenfälle auf Nato-Standard zu bringen. Interessant ist in diesem Zusammenhang allerdings, daß der Bürgerinitiative Informationen zugegangen sind, daß hier nicht - wie angegeben - für 40 Millionen Mark, sondern für ca. 100 Millionen Mark investiert werden soll. Dem Minister und seinem Abteilungsleiter Schäffen war davon nichts bekannt, sie versprachen aber, die Angaben zu überprüfen. Mittlerweile haben sich diese Angaben verdichtet. So liegen uns Informationen vor, daß alleine für 48 Millionen Mark sogenannte "Überlebensmaßnahmen" vorgesehen sind, d.h. für atombombensichere Bunker verbaut werden. (Schutzeinrichtungen für die Zivilbevölkerung sind nicht vorgesehen!)

REDAKTION:

Wie sieht man die Reaktivierung aus Flugsicherheitsaspekten?

HORST DOMES:

Es gab Ende der siebziger Jahre schon einmal Pläne, den Flugplatz zu reaktivieren. Auf Veranlassung des damaligen hessischen Wirtschaftsministers Karry wurde ein Gutachten der Bundesanstalt für Flugsicherung über die Auswirkungen auf den Rhein-Main-Flughafen erstellt. Die Aussagen waren vernichtend, was den damaligen FDP-Minister veranlaßte, erheblichen Widerstand gegen die Reaktivierung zu leisten. Nun soll ein zweites Gutachten erstellt werden, das in differenzierter Weise die Auswirkungen auf den Flugbetrieb in Rhein-Main belegen soll. Die in der Bevölkerung

geäußerte Befürchtung, das zweite Gutachten solle die vernichtende Aussage des ersten relativieren, wurde vom Minister energisch bestritten. Im Gegenteil - so Minister Wörner - könne er als Pilot die Problematik in vollem Umfang erkennen und sei er der Meinung, Erbenheim ist ein denkbar ungeeigneter Standort für diese Einheit. Er sei gegen die Reaktivierung.

REDAKTION:

Wurde seinerzeit bei der Übergabe des Geländes an die Amerikaner nicht festgeschrieben, wie dieser Flugplatz genutzt werden kann?

HORST DOMES:

Diese Frage konnte nicht abschließend geklärt werden. Frau Rönsch und Herr Zink haben versprochen, dieser Frage nachzugehen. Normalerweise hätte bei der Übergabe dieser sogenannten "altrequirierten Liegenschaft" eine Überlassungsvereinbarung getroffen werden müssen, die Art und Umfang der Nutzung festschreibt. Falls dies unterlassen wurde, muß man den deutschen Behörden ein sträfliches Versäumnis vorhalten.

REDAKTION:

Wie geht es nun weiter?

HORST DOMES:

Frau Rönsch und Herr Zink bemühen sich um einen Gesprächstermin bei der Flughafen AG und mit Oberbürgermeister Wallmann aus Frankfurt, zu dem auch die Bürgerinitiative eingeladen wird. Die Amerikaner beabsichtigen, um die Aussage des Gutachtens zu widerlegen, einen Test-Flugbetrieb durchzuführen. Wie uns mittlerweile bekannt wurde, soll dieser Test von Februar bis Ende Mai mit verstärktem Flugbetrieb stattfinden, was allerdings - um das gleich vorwegzunehmen - nicht das volle Ausmaß dessen erreichen wird, was uns bei einer endgültigen Belegung erwarten wird. Die Bevölkerung muß sich also in den nächsten Monaten auf zunehmende Lärmbelastungen einstellen!

Initiative: Bürger gegen
Hubschrauber- Stationierung
in Erbenheim



REDAKTION:

Wie ist Ihre Einschätzung des Gesprächs und die Aussichten auf eine Verwirklichung Ihrer Ziele?

HORST DOMES:

Nach meiner Einschätzung ist Minister Wörner ernsthaft bemüht, die Amerikaner von ihren Plänen abzubringen, und er ist bereit, alle sich bietenden Mittel - Raumordnungsverfahren etc. - einzusetzen. Wir hatten das Gefühl, daß er mit offenen Karten "spielt" und sind daher wieder recht hoffnungsvoll. Wenn man bedenkt, wie bescheiden die BI vor 14 Monaten ihre Arbeit begonnen hat, mit welchen Widerständen wir konfrontiert waren, wie Anträge gegen eine Reaktivierung in Ortsbeiräten und Stadtparlament von CDU und FDP zur Unkenntlichkeit verwässert oder gar abgelehnt wurden, so läßt uns die jetzige Entwicklung hoffen.

Nachdem bisher nur die Bundestagsabgeordneten Rudi Schmitt und Karl Delorme (beide SPD) sowie die Landtagsabgeordneten Frank Beucker und Herbert Schneider die Interessen der Bevölkerung rund um den Flugplatz vertreten haben, ist es erfreulich, daß nun auch die Abgeordneten der CDU, Hannelore Rönsch und Otto Zink, die Problematik erkannt haben. Zu hoffen bleibt, daß auch bei den Wiesbadener CDU- und FDP-Politikern ein Umdenkungsprozeß in Gang gekommen ist und dadurch die Interessen der Bevölkerung noch wirkungsvoller vertreten werden.

REDAKTION:

Herr Domes, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

EIN BORGERSTEIG, DEN (K)EINER WILL

Verkehrsberuhigung und Begrünung in aller Munde, aber der Ortsbeirat Nordenstadt und die Stadtverwaltung setzen den Wegfall einer begrünten Fläche zugunsten von Fahrbanerweiterung und Bau eines Bürgersteiges in der Flurstraße 15 - 9 durch.

Die Stadt, die ansonsten kein Geld hat und an jeder Ecke spart, kann auf einmal aus der hohlen Hand Geld für einen Bürgersteig locker machen, der zwar formal laut Bebauungsplan vorgesehen ist, den aber bisher niemand vermisst hat. Ein einzelner, nur mittelbar betroffener Bürger kann offensichtlich so viel Druck ausüben, daß der Ortsbeirat auf der Sitzung am 1.2.1984 die Zustimmung zu einer Magistratsvorlage in dieser Angelegenheit gab, obwohl zum Zeitpunkt der Beschlußfassung neue Gesichtspunkte vorlagen, die zweifelhaft machen, daß 66.000 DM zum Ausbau überhaupt reichen, weswegen die SPD-Fraktion eine Vertagung und Klärung der Sachlage beantragte. Ohne Erfolg!

Es verwundert, wodurch besagter Bürger die Stadtverwaltung zu so ungewohnt schnellem Handeln veranlassen kann, in

einem Fall, dem keine Dringlichkeit nachgesagt werden kann, während auf dringend notwendige Verkehrssicherungsanlagen wegen angeblichem Geldmangel viel zu lange gewartet werden muß.

Was aber will die Mehrheit der Anwohner? Eine Unterschriftensammlung unter den Anwohnern der Flurstraße im Spätsommer 1983 ergab eine eindeutige Mehrheit für eine Verkehrsberuhigung dieser Straße, damit Spielen und Aufenthalt hier wieder möglich werden. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung könnte durch Markierung von alternierenden Parkmöglichkeiten rechts und links der Fahrbahn oder durch den Einbau von Schwellen und Stopperrn oder durch Aufpflasterung der Fahrbahn erreicht werden. Finanzminister Reitz hat auf entsprechende finanzielle Anreize für solche Vorhaben ausdrücklich hingewiesen (s. auch Bericht im Wiesbader Kurier vom 28.1.1984).

Die Anwohner der Flurstraße könne jetzt nur hoffen, daß die eigentlich überflüssige und unliebsame Bauerei insofern ihr Gutes hat, daß im Zuge der Ausbaumaßnahmen Einrichtungen zur Verkehrsberuhigung geschaffen werden.

A.L.

WIESBADEN SCHRUMPT - NORDENSTADT WÄCHST

Die Einwohnerzahl der Stadt Wiesbaden ist im Laufe des Jahres 1983 um gut 3.400 zurückgegangen. Wiesbaden hatte zu Beginn des Jahres 1983 rund 272.000 Einwohner, am Jahresende dagegen nur noch rund 269.000.

Auch in fast allen Außenbezirken ist 1983 die Einwohnerzahl rückläufig gewesen. Nennenswerte Einwohnerzunahmen hatten lediglich noch NORDENSTADT mit einem Plus von 230, Auringen (+ 130) und Breckenheim (+ 30) vorzuweisen. Mit 7.400 Einwohnern ist Nordenstadt der größte Stadtteil, jener ehemals selbständigen Gemeinden, die 1977 zu Wiesbaden kamen.

Wollen wir hoffen, daß diese Tatsachen den Ortsbeirat in seiner Meinung stärkt, keine weiteren Baugebiete mehr auszuweisen. Eher wären Überlegungen angebracht, wie die Infrastruktur des zu schnell gewachsenen Stadtteils verbessert werden könnte.

kk

Termine... Termine... Te

- 18. Februar 1984
Maskenball MVN mit Kindermaskenball in der Taunus-Halle
- 25. Februar 1984
Maskenball KZV in der Taunus-Halle
- 03. März 1984
Maskenball Freiwillige Feuerwehr in der Taunus-Halle
- 05. März 1984
Kindermaskenball TUS in der Taunus-Halle (nachmittags) und abends
Maskenball TUS
- 06. März 1984
Begrabung der Fastnacht CBVN in der Gutenbergstube
- 13. März 1984 - 18 - 19,00 Uhr
Sprechstunde NORDENSTADT NACHRICHTEN im Gemeindezentrum
Sitzungszimmer 1. Stock

MASSA - HOTEL WIRD GEBAUT

Man kann es sehen. Die ersten Spatenstiche sind getan. Demnächst gibt's viel Dreck und Krach. Aber im nächsten Jahr schon wird in Nordenstadt ein längst fälliges Hotel seine Pforten eröffnen.

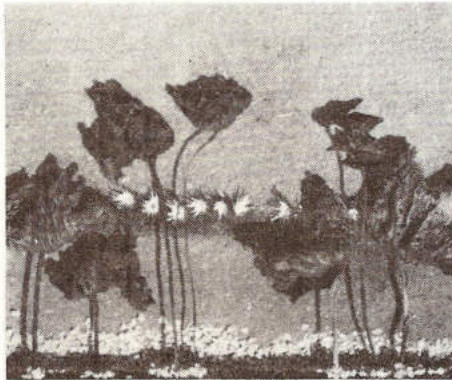
Laut Aussage eines Mitarbeiters der hiesigen Massa-Filiale wird das sechsgeschossige Hotel voraussichtlich im März 1985 in Betrieb genommen werden. Es hat eine Kapazität von 220 Betten und bietet außer einem Restaurant auch noch eine Weinstube!

Lassen wir uns mal überraschen, ob's letztendlich auch für die Nordenstädter ein Gewinn sein wird. Dies wird sicher nicht zuletzt auch von den Preisen abhängen. Kie

KUNST in Nordenstadt

Hört man von Strohblumen oder getrockneten Gräsern, denkt man zunächst an die üblichen traditionellen Blumengestecke. Bei Gerlinde Hofmann jedoch geschieht mit getrockneten Blüten, Ästen und Gräsern etwas Anderes.

Ähnlich - wie natürlich gewachsene Landschaften - werden sie als Reliefs zusammengestellt oder als bizzare Landschaften angeordnet. Ihre Hauptaufmerksamkeit gilt dem einheimischen Material, dem Unscheinbaren, das von Spaziergängern kaum Wahrgenommene.



Gerlinde Hofmann, deren Eltern einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb hatten, wuchs in ländlicher Umgebung auf. In dieser Zeit wurde ihr Interesse am Gestalten mit natürlichen Materialien geweckt. "Als Kinder legten wir mit Blumen, Steinen, Schnecken und Ästchen auf dem Ackerboden oft kleine Gärten an, während die Eltern auf dem Feld arbeiteten." Der Schulzeit folgte eine Ausbildung in der Chemieindustrie und eine mehrjährige Berufstätigkeit. Seit 1972 beschäftigt Gerlinde Hofmann sich in Abendkursen intensiv mit textilen Gestalten, Batik, Linienschnitt und Ikebana. Mit ihrem Eintritt in den Verein "Wallauer Fachwerk",

Kulturkreis e.V., trat sie zum ersten Mal mit ihrem Hobby an die Öffentlichkeit und gründete den vereinsinternen Arbeitskreis "Freies Gestalten mit Textilien und Trockenpflanzen". Aufgrund ihrer privaten Studien wurde sie schon ein Jahr später zur Leiterin für Hobbykurse auf diesem Sachgebiet berufen. Sie gab ihre Berufstätigkeit auf und widmete sich neben ihrer Familie jetzt vorwiegend ihrem Hobby. 1979 und 1980 gab es die ersten kleineren Ausstellungen ihrer Arbeiten; andere folgten. Inzwischen hat sie ihre eigene große Werkstatt, eine Fülle neuer Ideen und sieht weiteren Ausstellungen gelassen entgegen.

In ihren Arbeiten ordnet Gerlinde Hofmann das getrocknete Pflanzenmaterial naturähnlich an. Pflanzen, die in der Natur vereinzelt vorkommen, werden von ihr zur Geltung gebracht, indem sie sie dicht an dicht arrangiert. So entstehen außergewöhnliche Kunstwerke, oft mit Tonplatten, Schieferplatten oder Spiegelglas als Hintergrund, auf denen getrocknete Pflanzen zu Büschen oder Baumgruppen dekorativ zusammengestellt sind.

E.Sp.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7

Redaktion:
Katrin Kiehne, Goethering 26
Werner Wahler, Pommernstr. 45

Layout:
Sigurd Schneider, Pommernstr. 14

Druck:
Breitwieser Werbung & Druck
Leberberg 4, 6200 Wiesbaden

LAGERRAUM GESUCHT !!
FÜR PLAKATSTÄNDER DER SPD - NORDENSTADT
ANGEBOTE BITTE AN DIE REDAKTION DER
NORDENSTADT-NACHRICHTEN (SIEHE IMPRESSUM) ▶

BLICKPUNKT NORDENSTADT

NORDENSTADT — GESTERN & HEUTE

JUDEN IN NORDENSTADT

Am 26. Januar 1984 wurde im Rahmen eines Gemeindeabends der evangelischen Kirchengemeinde der Frage nachgegangen, was Nordenstädter über das Schicksal ihrer jüdischen Mitbürger im 3. Reich wissen.

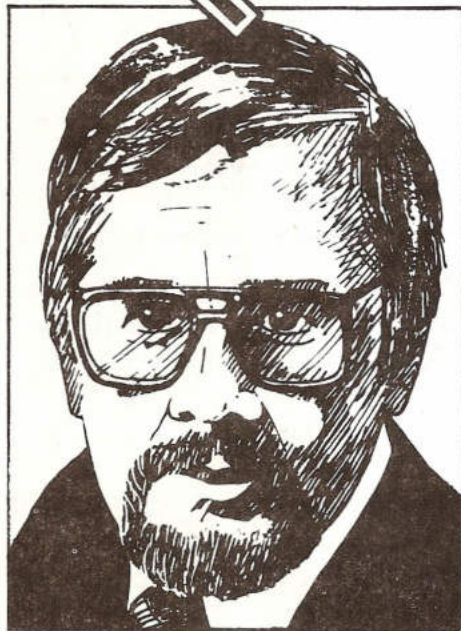
Zu Beginn der NS-Zeit lebten ca. 60 Juden in Nordenstadt, 14 Häuser - im ganzen Ort verstreut - wurden von jüdischen Familien bewohnt, so erinnerte man sich. Nordenstädter Juden waren in bescheidenen Verhältnissen lebende Kleinbürger, meist Vieh- und Kramhändler, keinesfalls vermögend. Das eine oder andere Gemeindeglied erinnert sich an die Namen jüdischer Klassenkameraden, manche erzählen von Freundschaften zwischen jüdischen Nachbarn und jüdischen Bekannten.

Nur wenige Juden aus Nordenstadt konnten das Geld aufbringen, frühzeitig genug ins Ausland zu fliehen. In der Chronik der evangelischen Kirchengemeinde wird die Deportation von 11 Juden im Jahre 1942 vermerkt, in der Erinnerung der Nordenstädter haben aber bei zwei Deportationen erheblich mehr jüdische Mitbürger den Weg in den Tod gehen müssen.

Daß das Thema Juden im 3. Reich sich nicht im Auflisten von Zahlen erschöpfen darf, sondern als Fragestellung mitmenschlicher Beziehungen erhalten bleiben und aktualisiert werden muß - z.B. in unserer Position zu Ausländern -, erfährt man wohl am besten - selbst berührt - im Gespräch mit denen, die solche Schicksale betroffen miterlebt haben. Deshalb sind solche Gemeindeabende wichtig.

Es wurde angeregt, auf den Nordenstädter Friedhof eine Gedenktafel für die jüdischen Mitbürger zu errichten, die Opfer dieser sinnlosen Verfolgung wurden. Denn wir sollten dieser Menschen ebenso gedenken, wie der Kriegsgefallenen, damit wir auch noch in zehn oder zwanzig Jahren nach dem WARUM fragen, das Unrecht benennen und aktuelle mitmenschliche Bezüge herstellen können.

G.J.



Aus dem Ortsbeirat

Die Autobahn Frankfurt - Wiesbaden (A 66) soll zwischen Wiesbadener Kreuz und Anschlußstelle Erbenheim, auf einer Länge von sechseinhalb Kilometern also, sechsspurig ausgebaut werden. Dies ist der Inhalt eines Planfeststellungsverfahrens. Dabei ist auch die Stadt Wiesbaden zu hören. Der Entwurf einer Magistratsvorlage zu dieser Planung lag dem Ortsbeirat zur Stellungnahme vor. Neben der Verbreiterung der Autobahn soll auch die Kurve bei Erbenheim durch Neutrassierung entschärft werden; ein größerer Kurvenradius soll einen Unfallschwerpunkt beseitigen. Im Bereich Nordenstadt ist schon wegen des Brückenneubaus ein Umbau der Anschlußstelle vorgesehen. Für diesen Umbau hat das Amt für Verkehrswesen in Obereinstimmung mit dem Ortsbeirat einen Entwurf vorgelegt, der auch in der Magistratsvorlage enthalten ist, über die der Ortsbeirat zu befinden hatte. Nachdem die Auffassung der SPD-Fraktion, die Vorbereitung der A 66 sei unter den Gesichtspunkten von Kosten und Nutzen und wegen des Landschaftsverbrauchs nicht erforderlich,

von der Mehrheit nicht geteilt wurde, fand die Magistratsvorlage schließlich nach einer komplizierten Abstimmungsprozedur mehrheitlich Zustimmung.

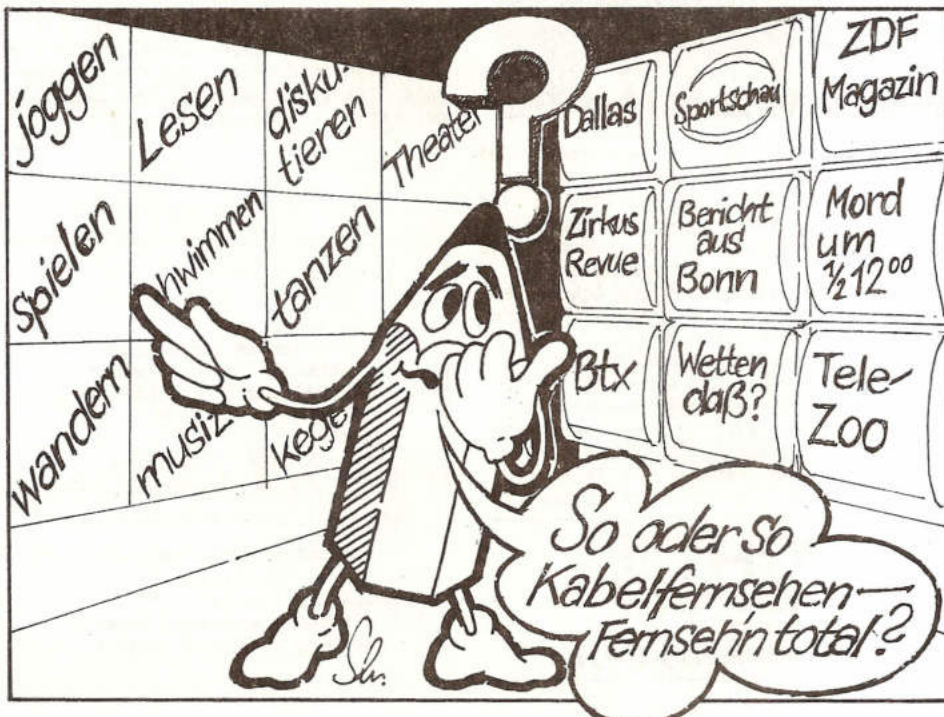
Im Wiesbadener Kurier war herbe Kritik an dem Ortsbeirat zu lesen. Der Verriß der Sitzung war deutlich und schmerzhaft. Auch wenn ich mich nicht mit jeder Einzelheit dieser Kritik einverstanden erklären kann - die Schelte ist verdient. Und dabei muß ich mich nicht einschließen, denn ich hatte die Sitzung in Vertretung des Ortsvorstehers zu leiten. Warum war fast alles so langatmig und konfus? Offenkundig ließen divergierende Interessen uns nicht zu klaren Konzepten und Argumenten kommen.

Die SPD möchte von der Geld und Landschaft verschlingenden Betonpistenpolitik wegkommen. Aber sie möchte auch den Umbau der Anschlußstelle. Und auch Sozialdemokraten möchten zügig Auto fahren. Was herauskam, war ein fauler Kompromiß.

Kein "Nein", nur ein mildes "nicht erforderlich". Das war unser Fehler, den CDU-Sprecher Schrodt sofort erkannte und uns vorhielt. Aber auch er verfiel sich in den eigenen Widersprüchen. Denn er ist gegen die vorgesehene Anschlußstelle, deren Gestalt aber auf Beschlüsse zurückgeht, denen er selbst zugestimmt hat. Und er ist anderer Meinung als die anderen CDU-Ortsbeiratsmitglieder. Und er ist Fraktionssprecher der CDU. Das ergab insgesamt eine Argumentationsweise, die kein Detail ausließ, aber das Wesentliche umging.

Wir müssen wieder tun, was wir, die SPD-Fraktion, in den letzten beiden Jahren mit Erfolg gemacht haben: Ohne taktische Winkelzüge und Rücksichtnahmen auf diese oder jene Empfindlichkeiten sagen, was wir von unserem politischen Ansatz her als Vertreter der Bevölkerung Nordenstadts für erforderlich halten. Dann hätten wir aus der journalistischen Kritik die richtigen Lehren gezogen.

Sophiel Rühl

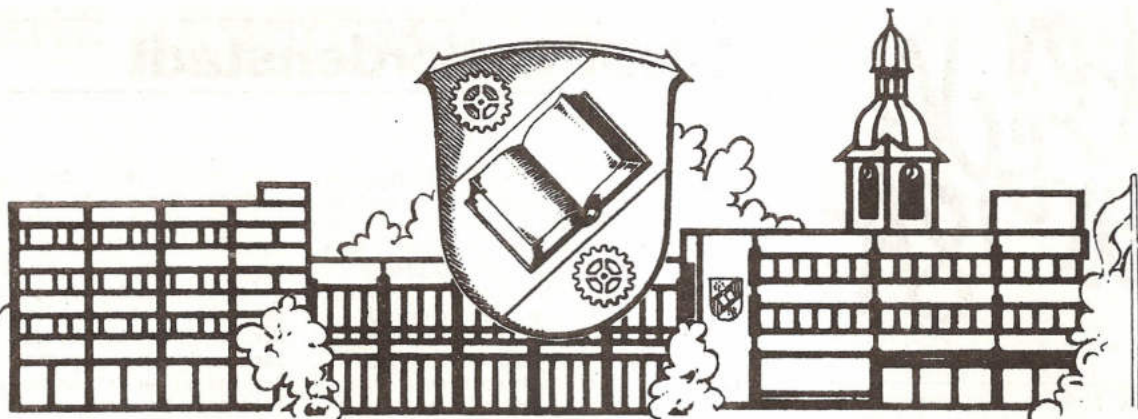


JUGENDFILMKREIS

Einen besseren Besuch hätten die beiden letzten Filme verdient, die in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt im Gemeindezentrum vorgeführt wurden. "The Wall" mit Pink Floyd und "Alice's Restaurant" hätten bestimmt auch den Nordenstädter Jugendlichen gefallen. Gemangelt hatte es an einer ausreichenden Bekanntmachung. Sicherlich ein Versäumnis, das behoben werden kann.

Hier die Titel der nächsten Filme, die jeweils um 20 Uhr im Gemeindezentrum gezeigt werden:

- 19. März
Krimi: Das Gesetz bin ich (mit Charles Bronson)
- 16. April
Abenteuerfilm: Der Unverbesserliche (mit Jean-Paul Belmondo)
- 14. Mai
Problemfilm: Die Abfahrer



Nordenstadt-Nachrichten

8. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

März/April 1984

Diesmal ging's noch gut!

Nachts, halb drei. Ein durch einen Kreislaufkollaps zusammengebrochener Nordenstädter wird regungslos entdeckt.

Hier muß schnell der Notarzt her, oder wie es im Fachdeutsch heißt, die ärztliche Notfallvertretung.

Ein Anruf in der zentralen Leitstelle. Dem Anrufenden wird versichert, daß der Arzt in ca. 10 Minuten da sein wird. Inzwischen ist eine halbe Stunde vergangen. Nochmaliger Anruf! Geben Sie dem Patienten Eis zu essen, lautet der telefonische Ratschlag, vielleicht hilft's.

Um ca. 5 Uhr morgens geht es dem Patienten soweit besser, daß der Hausarzt aufgesucht werden kann. Die ärztliche Notfallvertretung wird also nach einer vergeblichen Wartezeit von fast drei Stunden wieder abbestellt!

Nur eine Geschichte? Leider nein! So ähnlich passiert, vor nicht allzulanger Zeit in Nordenstadt!

In einem Brief an die kassenärztliche Vereinigung, die für die Einrichtung der ärztlichen Notfallversorgung zuständig ist, fordert die SPD die Einrichtung einer weiteren Vertretung. Unterstützt werden soll dies durch einen entsprechenden Antrag im Ortsbeirat.

Sollten Sie ähnliche Erfahrungen mit dem Notarzt gemacht haben, teilen Sie uns diese bitte mit, damit wir mit noch größerem Nachdruck unsere Forderung stellen können.

Diesmal ging's noch gut ab, beim nächsten Mal vielleicht schon nicht mehr! Aber sollten wir wirklich bis dahin warten?

WW

Endlich..

...ist das Hickhack um die Installation der Ampel am Wallauer Weg beendet. Endlich wurde ein dringender Wunsch des Schulleiternbeirats zur Sicherung des Schulweges erfüllt. Endlich steht die Ampel!

Ein bitterer Nachgeschmack wird aber dennoch bleiben. Das ständige Hinauszögern, weil angeblich kein Geld da war. Für die Sicherung des Schulweges versteht sich. Für den verbesserten Verkehrsfluß an der Kreuzung Ostring/Hunsrückstraße bzw. Stolbergerstraße war das Geld vorhanden, obwohl dies wesentlich teurer war. Nur weil die Mittel in unterschiedlichen Positionen im Haushaltsplan eingestellt sind.

Können Sie sich vorstellen, ein weniger wichtiges Vorhaben einem wichtigeren vorzuziehen, nur weil das Geld für das wichtigere in der Brieftasche und nicht im Portemonnaie ist??

ww

Tanz in den Mai

30. April Taunushalle Nordenstadt

Beginn: 20 Uhr · Eintritt: 5,- DM

Weekend Expresß

Unter den Anwesenden werden Reisen

+ kleine Preise verlost

Ostermarsch 1984

Unter der Überschrift Truppenaustausch soll im Herbst dieses Jahres die Mannschaft auf dem Erbenheimer Flugplatz ausgetauscht werden.

Wenn man Gerüchten glauben darf, sollen dann 4.000 bis 5.000 Soldaten und 500 bis 800 Piloten und Kopiloten stationiert werden - für eine Einheit, die mit atombestückbaren Flugabwehrraketen ausgerüstet sein wird. Neben den offiziell bereits bestätigten 181 Flugzeugen und Hubschraubern.

Verständlich wird damit auch der enorme Mittelverbrauch für Bunker und ähnliches. Allein 80 Millionen Mark sollen dafür verbraucht werden. Zusätzlich zu den rund 40 Millionen für die Modernisierung des Flugplatzes auf "NATO-Standard".

80 Millionen Mark sollen zusätzlich verbaut werden, damit Raketen und Militär den Erstschock überstehen und zum Zweitschock ausholen können.

Kann diese Kalkulation im Sinne der Bevölkerung sein? Oder ist es nicht an der Zeit, daß sich Ost und West an einen Tisch setzen und die Abrüstung endlich forcieren? Liegt es nicht im Interesse der Bundesrepublik selbst? Sollten nicht wir selbst die Initiative ergreifen, um diesen Rüstungswahnsinn zu beenden?

Ein Grund mehr, sich am diesjährigen Ostermarsch zu beteiligen, der auch von der SPD unterstützt wird. Der Ostermarsch beginnt am Ostermontag, dem 23. April 1984 um 8,30 Uhr auf dem Marktplatz. Die weiteren Stationen mit Kundgebungen sind:

9,30 Uhr Bierstadt an der evangelischen Kirche (Thema: Internationale Friedensbewegung)

11,00 Uhr Erbenheim am Haupteingang des Flugplatzes (Militarisierung der Bundesrepublik - Erbenheim)

13,00 Uhr Mainz-Kastel am Paulus Platz (Arbeitslosigkeit - Rüstung - Sozialabbau)

14,00 Uhr Mainz am Domplatz (Abschlusskundgebung)

ab 17,00 Uhr Mainz-Kastel im Bürgerhaus KULTUR mit:

Indigo mit "Latin Funk", Arabischer Tanz mit Hei Rifa, Internationale Folklore, Vorläufiges Frankfurter Fronttheater

KUNST in Nordenstadt

Aquarelle, Zeichnungen, Radierungen und Keramiken. Zwei- und Dreidimensionales. Flächen, Linien und Formen. Um mit diesen Grundelementen der bildenden Kunst umgehen zu können und sie zu beherrschen, muß man sich intensiv schulen. Intuition und Wissen, Begabung und Übung sind die Träger der bildenden Kunst. Annegret HOFFMANN hat das verstanden und sich auch noch nach ihrem Studium in Marburg und Köln bei Künstlern ständig weiter geschult und informiert. Was wir in ihren Ausstellungen sehen, sind über die Begabung hinaus Resultate eines nie endenden manuellen Bemühens.

Die Landschaft steht als Motiv im Mittelpunkt. Bewußt reduzierte Zeichnungen und Radierungen konzentrieren sich auf wichtigste Bausteine der Komposition. Landschaftsaquarelle beziehen die Farbe hauchzart, empfindsam und nie übertreibend ein. Die Arbeiten sind für den Laien wie für den Profi gleich interessant. Der eine ist erfreut und fasziniert von der wohlthuenden Ruhe, die aus den Arbeiten spricht, der an-

dere ist erstaunt über Komposition und Technik. Nun kopiert die Künstlerin Natur nicht etwa, sondern setzt sie in ihre Gefühlswelt um. Natur entsteht neu, wird zum Bild. Assoziation an bestimmte Landschaftsregionen sind dem Betrachter natürlich überlassen und wer den Süden kennt, das unverwechselbare Licht, der begegnet sicher bekannten visuellen Erscheinungen. Abstrakte Naturumsetzungen sind am ehesten die Keramiken. Pflanzen und Gewächse entstehen in einer neuen Welt aus Ton. Wer hier schwerfällig Gebautes erwartet, wird angenehm überrascht. Die dünnen Wände der Gefäße, Schalen und Lampen erinnern hier und da an gefalteten Stoff und verraten sich erst durch die Glasur.

Alle Arbeiten von Annegret HOFFMANN in ihren Ausstellungen - in der Villa Clementine, verschiedenen Galerien in Wiesbaden -, welcher Technik auch immer, sind geprägt von der sensiblen Handschrift einer vielseitigen, kreativen Gestalterin.

E.Sp.

Jahreshauptversammlung TUS-Nordenstadt

Ungefähr 90 Mitglieder waren zur diesjährigen Jahreshauptversammlung des TUS Nordenstadt am 30.03.1984 im Gemeindezentrum erschienen. Auf der Tagesordnung standen wichtige Punkte wie Berichte über die Entwicklung des Vereins und Neuwahl des Vorstandes.

Für besondere Verdienste um den Verein wurden Gerhard Peil, Heinz Schaefer und Manfred Schwarz mit der silbernen Ehrennadel des Vereins geehrt.

Im Bericht des Vorstandes wurde besonders auf die Entwicklung des T U S zum Großverein hingewiesen. Ein Wermutstropfen war allerdings der Kassenbericht für 1983. Man hatte eine Unterdeckung von über 11.000 DM im Laufe des vergangenen Jahres hinnehmen müssen. Dies wurde hauptsächlich auf die schwachen Besuche der TUS-Veranstaltungen (100-Jahr-Feier, Maskenball) zurückgeführt. Ein Ausgleich soll nun durch die beschlossene Erhöhung der Mitgliedsbeiträge für die Aktiven geschaffen werden. So zahlen nun Jugendliche monatlich DM 4.--, Erwachsene DM 6.-- und die Beiträge für passive Mitglieder bleiben bei DM 4.--.

Um künftig weitere Erhöhungen zu vermeiden, wünschen wir dem TUS eine bessere Teilnahme der Nordenstädter Bevölkerung an seinen vielfältigen Veranstaltungen, die auch in den NORDENSTADT-NACHRICHTEN in der Regel angekündigt werden. Unser mitgliederstärkster Verein, derzeit ca. 950 Mitglieder, der sich auch intensiv um seine 380 (!!) Kinder und Jugendliche bemüht, sollte eigentlich nicht im Stich gelassen werden. Im TUS sind die Fachschaften Fußball, Handball, Volleyball, Tischtennis und Gymnastik vertreten; aber auch die Geselligkeit hat ihren festen Stellenwert im Verein. Neue Mitglieder - aktive und passive - sind gern gesehen.

Der 1. Vorsitzende Horst Lottig wurde mit überwältigender Mehrheit erneut in seinem Amt bestätigt. Neu im Vorstand ist als 2. Vorsitzender Helmut Schaefer. Wir gratulieren den alten und neuen Vorstandsmitgliedern und wünschen ihnen für ihre Arbeit um den Verein viel Glück und sportlichen Erfolg!

WIH

Termine... Termine... Termine... Termine... Termine

- 30. April 1984 - 20 Uhr
Tanz in den Mai in der Taunus-Halle
(Veranstalter: SPD)
- 08. Mai 1984 - 18 - 19 Uhr
Sprechstunde der NORDENSTADT NACHRICHTEN, Sitzungszimmer im Gemeindezentrum, 1. Stock
- 19. und 20. Mai 1984
Volleyball-Turnier des TUS in der Taunus-Halle

- 31. Mai 1984
Vatertagswanderung des CBVN
- 05. Juni 1984 - 18 - 19 Uhr
Sprechstunde der NORDENSTADT NACHRICHTEN, Sitzungszimmer im Gemeindezentrum, 1. Stock
- 09. Juni 1984
Jugend-Disco in der Taunus-Halle vom TUS

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7

Redaktion:
Katrin Kiehne, Goethering 26
Werner Wahler, Pommernstraße 45

Layout:
Sigurd Schneider, Pommernstraße 14

Eigendruck

KÜRZERE ARBEITSZEIT, MEHR BESCHÄFTIGUNG

Die tarifpolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik werden zur Zeit von der Gewerkschaftsforderung nach Arbeitszeitverkürzung - insbesondere der 35-Stunden-Woche - beherrscht.

Die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit ist eine der ältesten Forderungen der Arbeiterbewegung. Diese Forderung hat die Veränderung der Industriegesellschaft seit deren Entstehung im vorigen Jahrhundert entscheidend mitgeprägt. Arbeitszeitverkürzung - Stück um Stück erkämpft - war einer der Wege, um die Arbeitswelt menschlicher zu gestalten, und zugleich auch Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschärft. Wir erleben in der Bundesrepublik erstmals seit dem Kriege eine dauerhafte Massenarbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit wird - unabhängig davon, ob es zu einem "Aufschwung" kommt oder nicht - in den nächsten Jahren noch weiter steigen, insbesondere wenn es bei der beschäftigungspolitischen Untätigkeit der Bundesregierung bleibt.

Immer mehr Arbeitsplätze werden beseitigt. Grundsätzliche Ursache für diese Arbeitsplatzverluste sind die zunehmenden Rationalisierungsmaßnahmen: die verstärkte Anwendung neuer Technologien - insbesondere der Mikro-Elektronik - bilden hier einen qualitativen Sprung, der nicht zu Unrecht als dritte industrielle Revolution bezeichnet worden ist. In der Vergangenheit konnte die Rationalisierung durch ein starkes wirtschaftliches Wachstum, durch Arbeitszeitverkürzung und neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich abgefangen werden.

Über drei Jahrzehnte hinweg hatten wir in der Bundesrepublik ein hohes Wachstum des Sozialproduktes und der Produk-

tivität, das in erheblichem Maße die Arbeitsplätze sicherte. Heute, darüber sind sich alle Experten einig, ist die Zeit starken Wachstums auf breiter Front endgültig vorbei. Politiker, die das Gegenteil behaupten, führen die Öffentlichkeit irre. Die Vorstellung, die Wirtschaft könne weiter wachsen wie bisher, hat sich als Denkfehler herausgestellt: es gibt Bedarfsgrenzen, die nichts mit der Konjunktur zu tun haben; darüber hinaus werden Rohstoffe und Energie knapp. Vom Wirtschaftswachstum alleine ist daher keine Hilfe bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Ökonomisch wie sozial vernünftiger ist eine aktive Beschäftigungspolitik. Hierbei ist die Arbeitszeitverkürzung ein

entscheidendes Instrument - allein gesehen jedoch auch kein Patentrezept. Arbeitszeitverkürzung muß durch gezielte, qualitative Maßnahmen für die Wirtschaft ergänzt werden. Hierbei insbesondere durch

- Investitionen für Umwelt und Beschäftigung
- Aktive Strukturpolitik (z.B. in den Bereichen Stahl, Kohle, Werften)
- Sicherung und Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit durch gezielte Forschungs- und Technologieförderung
- Stärkung kleinerer und mittlerer Unternehmen
- Arbeitsmarktpolitik (z.B. Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)

Zu diesen Maßnahmen muß aber eine wirksame Verkürzung der Arbeitszeit treten. Der Übergang zur 35-Stunden-Woche kann Arbeitsplätze sichern und neu schaffen. Dies hat selbst der (gewiß mehrheitlich konservative) Sachverständigenrat bestätigt. Nach vorsichtigen Schätzungen wissenschaftlicher Institute beträgt der Beschäftigungseffekt der 35-Stunden-Woche insgesamt zwischen 0,9 und 1,3 Millionen Personen. Das entspräche einer unmittelbaren Verminderung der Arbeitslosenzahl von 500.000 bis 800.000. Gleichzeitig würden unzählige Arbeitsplätze gesichert, die zukünftig sonst gefährdet wären.

Arbeitsmarktpolitische Impulse können aber auch noch von anderen arbeitszeitverkürzenden Maßnahmen ausgehen. Hier sei nur die Verkürzung der Lebensarbeitszeit, Ausweitung der Urlaubszeit und Abbau von Überstunden erwähnt. Nicht vergessen sollte man, daß Arbeitszeitverkürzung neben dem positiven Effekt auf dem Arbeitsmarkt auch erheblich zur Humanisierung der Arbeit beiträgt. Kürzere Arbeitszeit kann die Belastungen des einzelnen Arbeitnehmers mindern und Schäden abwenden.

-em-



Einladung an alle Nordenstädter zum:



Nordenstadt-Gespräch

am Mittwoch, dem 9. Mai 1984, 20 Uhr
Restaurant der Taunushalle (Nebenraum)

mit: **Dieter Kretschmer**

Gewerkschaftssekretär der IG Chemie

Hans Maus

Betriebsratsvorsitzender der Glyco-Metallwerke

35-Stunden-Woche:

„Humanisierung der Arbeitswelt oder
Ruin der Wirtschaft?“

"Die Seite des Wahlkämpfers"

WARUM VEREINTES EUROPA? IDEE UND WIRKLICHKEIT

Von allen Argumenten der Vorkämpfer für ein vereintes Europa, war eines durch alle Zeiten hinweg das Wichtigste: die Erhaltung des Friedens. "Anzunehmen, daß zwischen einer Anzahl von einander benachbarten Staaten auf Dauer Eintracht herrschen könnte, hieß die menschliche Natur außer acht lassen und den Erfahrungen der Geschichte Hohn sprechen." Diese Erkenntnis, niedergeschrieben von Alexander Hamilton im Jahre 1787, brachte die amerikanischen Staaten dazu, nach dem sie ihre Unabhängigkeit von Europa erstritten hatten, einen Bundesstaat zu gründen.

Der Erfolg gab ihnen recht. Mit einer Ausnahme; als die Südstaaten aus dem Bund austraten, gab es Krieg. Aber in der ganzen übrigen Zeit konnten sie den Frieden bewahren und die USA zur größten Wirtschaftsmacht der Welt ausbauen. Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt ist das zweite Argument, das für die Vereinigung Europas ins Feld geführt wurde. "Je größer der Markt, umso größer die Möglichkeiten, die Arbeitsteilung, der Handel und Austausch der Waren." Diese Einsicht hatte schon Adam Smith und mit diesem Argument warb Friedrich List im vorigen Jahrhundert für die Schaffung des deutschen Zollvereins. Zölle und Handelsbeschränkungen, unterschiedliche Gesetze und Vorschriften hindern die Entwicklung der Wirtschaft. Zwar konnten in den europäischen Nationalstaaten in den letzten 200 Jahren große Fortschritte erzielt werden, der große Markt aber, den die Amerikaner aufbauen konnten, zeigte sich doch überlegener.

Gemeinsame Sicherung des Rechtes, der Demokratie und der Menschenrechte war ein weiteres, wichtiges Argument der frühen Anhänger eines vereinten Europas. Europa fand sich nicht zu diesem Weg bereit und so triumphierte immer wieder das Unrecht, wurden Demokratien beseitigt und die Menschenrechte mit Füßen getreten.

Mit zwei großen Kriegen hat Europa in diesem Jahrhundert das Fehlen seiner Einheit bezahlen müssen. Der erste Versuch, nach dem ersten Weltkrieg die europäische Einheit zu schaffen, schlug fehl. Briand und Stresemann scheiterten am europäischen Nationalismus. Ein neuer Krieg war die Folge. Erst nach dem zweiten Weltkrieg, der nicht nur die Teilung Deutschlands, sondern auch die Teilung Europas mit sich brachte, machte sich der nichtkommunistische Teil auf den Weg, seine Einheit zu suchen. Den Krieg als Mittel der Politik endgültig zu überwinden, für die Wirtschaft einen großen Markt zu schaffen, im Dienste der Bürger Recht und Gerechtigkeit, auch zwischen den Staaten zu verwirklichen - das war das Ziel.

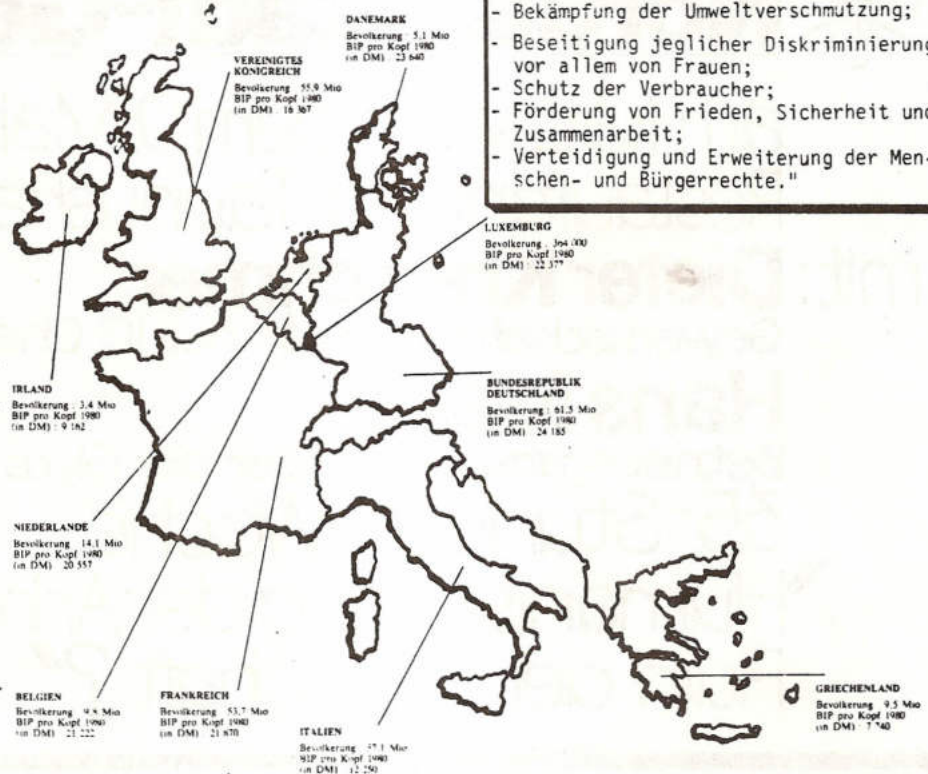
39 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs ist die politische Landschaft Europas verändert. Mühsam und sicherlich nicht ohne Umwege hat das freie Europa sich auf den Weg gemacht, seine Einheit zu suchen. Der Europarat 1949, die Montanunion 1951, die Römischen Verträge 1957, die Norderweiterung der Europäischen Gemeinschaft 1973, die Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 und schließlich der Beitritt Griechenlands 1981 sind wichtige Etappen.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten, ermutigend. Die Perspektive eines innereuropäischen Krieges, etwa zwischen Frankreich und Deutschland, ist heute undenkbar geworden, die Regierungen und Staaten sind heute auf mannigfache Weise miteinander verbunden und haben sich daran gewöhnt, ihre Probleme und Konflikte in Verhandlungen und in gemeinsamen Gremien zu lösen. Die wirtschaftliche Entwicklung hat große Fortschritte gemacht, die Europäische Gemeinschaft ist heute der Welt größter Außenhandelspartner und hat die USA überbunden. Der Gemeinsame Markt schuf Voraussetzungen für diese Entwicklung.

Ein Gerichtshof für Menschenrechte wacht heute in Europa über die Einhaltung der Grundrechte und Grundfreiheiten. Aus den Feinden zweier Weltkriege wurden Partner und Freunde. Gewiß, auch Freunde haben ihre Schwierigkeiten miteinander, besonders in schwierigen Zeiten - aber auf den Gedanken, mit dem Säbel zu rasseln, wenn eine Verhandlung in Brüssel, Luxemburg oder Straßburg (den Zentren der europäischen Einigungspolitik) ergebnislos endet, kommt heute niemand mehr.

Das Werk der Einheit Europas ist zwar noch nicht vollendet, noch ist das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa nicht erreicht, aber 35 Jahre nach Gründung des Europarates und 27 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge, ist eine Bilanz möglich. Und diese Bilanz ist positiv. Der Weg der europäischen Einigung erwies sich als der Weg des Fortschritts und des Friedens.

Die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft Stand: 1. 1. 1984



An die Bürger Europas!

Aus dem Wahlauftrag des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG, verabschiedet vom X. Kongreß am 12. Januar 1979 in Brüssel, anlässlich der 1. Direktwahl zum Europäischen Parlament.

"Unsere Parteien tragen ein unterschiedliches historisches Erbe. Sie wirken in Ländern, in denen sich wirtschaftliche Entwicklung, Art der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, kulturelle Traditionen, Aufgeschlossenheit für die Probleme der Gesellschaft und die innenpolitische Bündnissituation stark voneinander unterscheiden. Unser gemeinsames Ziel ist ein menschlicheres Europa mit gleichen Chancen für alle Bürger.

Mit Besorgnis stellen wir folgendes fest:

- die Schwierigkeiten angesichts der derzeitigen Gesellschaftsstruktur, das gewaltige Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen;
- daß eine Entwicklung zu weniger Gleichheit und Solidarität stattfindet, die sich in einer Vertiefung der Kluft zwischen reichen und armen Ländern der Welt, aber auch in der Europäischen Gemeinschaft äußert;
- daß unkontrollierte Produktions- und Verbrauchssteigerungen, insbesondere in den reicheren Regionen der Welt, zu Raubbau an den vorhandenen Ressourcen und zur Verschmutzung der Natur führen, und zwar auf Kosten sich verschlechternder Lebens- und Arbeitsbedingungen für Millionen von arbeitenden Menschen.

Dem können Sozialdemokraten nicht tatenlos zusehen. Deswegen fordern wir Sozialdemokraten:

- Sicherung des Rechts auf Arbeit für alle, besonders für Jugendliche;
- demokratische Kontrolle der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung;
- Bekämpfung der Umweltverschmutzung;
- Beseitigung jeglicher Diskriminierung, vor allem von Frauen;
- Schutz der Verbraucher;
- Förderung von Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit;
- Verteidigung und Erweiterung der Menschen- und Bürgerrechte."



KINDER- und JUGENDFREIZEITEN

Vom Jugendamt der Landeshauptstadt Wiesbaden und auch vom Stadtjugendring sind die diesjährigen Ferien-Reisen bzw. Kinder- und Jugendfreizeiten veröffentlicht.

Ländertour am Rhein, Reiterferien, Zeltlager, unterwegs mit dem Zirkus, Bootswanderungen und anderes stehen auf dem Programm des Jugendamtes.

Internationale Jugendbegegnungen, Studienfahrten, Hochgebirgs- und Mittelgebirgsfreizeiten, Zeltlager und vieles mehr bieten die im Stadtjugendring Wiesbaden zusammengeschlossenen Verbände an.

Auch die FALKEN sind hier vertreten, mit dem Zeltlager auf dem BELGER KOPF (Nordhessen) für 6 - 14-jährige und VILLARD SUR L'AIN (Frankreich) für über 15-jährige.

Das gesamte Programm kann angefordert werden beim

Jugendamt / Abteilung Jugendarbeit,
Dotzheimer Straße 97/99 (Zimmer 516 u. 517) Tel.: 06121-313598 oder 312672
und beim
Stadtjugendring Wiesbaden, Neugasse 5,
Tel.: 06121-300408.

WW

NEUE ANLAGE DES

KLEINTIERZUCHTVEREINS

Der Kleintierzuchtverein Nordenstadt besitzt seit November 1983 Pachtgelände hinter dem Nordenstädter Friedhof. Dort werden - weitgehend in Eigenarbeit - die für die Tierzucht notwendigen Anlagen und ein Vereinsheim erstellt.

Dem Kleintierzuchtverein, 1907 gegründet, gehören heute 115 Mitglieder und 16 Jugend-Mitglieder an. Gezüchtet werden vor allem Tauben, Zwerghühner, Hühner, Enten und Kaninchen. Höhepunkte eines regen Vereinslebens sind die Teilnahme an regionalen aber auch an internationalen Ausstellungen und dabei nicht selten gute Prämierungen für den Nordenstädter Kleintierzuchtverein.

Viel Hilfe der Vereinsmitglieder ist erforderlich, wenn die neue Anlage hinter dem Friedhof wie geplant erstellt werden soll. 11 Geflügelhäuser, 4 Kaninchenhäuser und 3 Jugendhäuser, deren Verwendung für bestimmte Tierarten noch offen ist, sollen gebaut werden. Ein Vereinsheim ist geplant sowie ein Gerätehaus und ein Kleinkind-Spielplatz. Bis alles fertig ist, werden ein paar Jahre vergehen. Jetzt kann man dort erst ein Geflügelhaus, das Gerätehaus und den Keller für das Vereinshaus vorfinden. Wenn alles klappt, kann Ende dieses Jahres das Vereinshaus eingeweiht werden: Nordenstädter Schüler können in dem Haus einen alten Pavillon ihrer Schule wiedererkennen.

Das dem Gelände des Kleintierzuchtvereins anschließende Kleingartengelände von 15 Parzellen ist bereits geteilt und verteilt. Dort werden die ersten Hütten erstellt. Zwischen dem Friedhof und dem jetzt bereits parzellierten Gelände ist in der Planung noch weiteres Kleingartengelände ausgewiesen. Im Augenblick ist dort noch frisch ausgesät worden.

Informationen über den Kleintierzuchtverein erhalten Sie beim Vorsitzenden Herrn W. Schreiner, Tel. 2389, oder bei seinem Stellvertreter, Herrn H. Gerhardt, Tel. 2581.

G.J.

IST IHNEN WAS AUFGEFALLEN?

Seit einiger Zeit veranstaltet die SPD Nordenstadt regelmäßig das NORDENSTADT GESPRÄCH. Wir weisen auf diese Diskussionsmöglichkeiten in unserer Zeitung auch stets hin. Um dieses Gespräch bekannter zu machen, haben wir beim letzten Mal auch entsprechend plakatiert. Wir wollen dies auch in Zukunft tun. Leider ist uns bei den Plakaten ein Fehler unterlaufen. Haben Sie es festgestellt? Die ersten drei, die uns sagen, was am Plakat falsch war, erhalten einen Buch- oder Plattengutschein der BÜCHERGILODE. Abgabetermin der Antwort:

09. Mai 1984 - 20 Uhr - anlässlich unseres nächsten Nordenstadt-Gesprächs.

P.S.: Wir werden das fehlerhafte Plakat auch für die Ankündigung dieses nächsten NORDENSTADT-GESPRÄCHS nochmals verwenden!

Das böse Wort vom „Null-Tarif“

Man hört es bei öffentlichen Versammlungen, man liest es sogar schon in der Presse. Die Forderung, auf die Reaktivierung des Erbenheimer Flugplatzes zu verzichten, wird als Forderung nach dem "Null-Tarif" bezeichnet. Das ist ein böses und unfaires Wort. Und die meisten, die so reden, wissen wohl, was sie da sagen. Denn mit Null-Tarif verbinden sich Vorstellungen wie: Leistung ohne Gegenleistung verlangen. Das riecht nach Egoismus, Unvernunft, Realitätsferne. Mit den Mitteln der Sprache eine Bürgerforderung ad absurdum führen, weil man sie in der Sache fürchtet, das ist der Trick.

Ein Trick: die manipulative Sprachverwendung wird der Realität nicht gerecht. Das Gelände in Erbenheim ist auch in den letzten Jahren immer militärisch genutzt worden. Auch der Betrieb mit Panzern und einigen Hubschraubern, dazu noch Übungen, Manöver mit wochenlangem Flugverkehr stellte in dem ohnehin so belasteten Gebiet, in dem wir leben, schon eine Belastung dar.

Die Bevölkerung hat dies bislang mit großer Geduld hingenommen. Wer heute gegen die Reaktivierungspläne sich engagiert, will keinen Null-Tarif. Wir stehen nämlich nicht bei Null. Es geht darum, eine schon längst vorhandene Belastung nicht ins Unerträgliche ansteigen zu lassen. Die Rede vom Null-Tarif ist also sachlich falsch. Und daß man den Bürgern aus ihrer bisherigen Geduld noch einen Strick dreht, ist eine böse Sache, an der sich leider auch gewählte Bürgervertreter beteiligen.

S.B.

Ein Püschchen neben dem Glasbehälter?

Erfreulich und positiv ist das Aufstellen der Glasbehälter der Freiwilligen Feuerwehr Nordenstadts zu beurteilen. Etwas weniger positiv sind allerdings einige Standorte der Glasbehälter zu beurteilen.

Sowohl an der "sogenannten" Grünanlage (An der Schule) wie im Hessenring / Ecke Goethering stehen die Glasbehälter fast direkt neben einer dort aufgestellten Bank, die ja wahrscheinlich einmal mit der Absicht installiert wurden, daß sich hie und da ein Spaziergänger dort auch mal niederläßt. Die Frage bleibt jetzt allerdings nur, ob sich tatsächlich jemand auf ein Bänkchen setzen wird, daß durch die unmittelbare Nähe des Glasbehälters von einem natürlich unvermeidbarem "Düftchen", von herumliegenden Glasscherben und im Sommer von nicht zu verhindernden Wespenschwärmen umgeben ist bzw. sein wird.

Vielleicht kann die Feuerwehr gemeinsam mit der Ortsverwaltung hier Abhilfe schaffen. Diejenigen, die die Absicht haben, tatsächlich einmal ein "Püschchen" auf diesen Bänken einzulegen, werden sicher dankbar sein.

kk



Um jeweils 20 Uhr im großen Saal des Gemeindezentrums beginnen die Filme des Jugendfilmkreises, zu dem alle Nordenstädter Jugendlichen eingeladen werden. Als nächste Titel stehen auf dem Programm:

16. April
Abenteuerfilm: Der Unverbesserliche mit Jean-Paul Belmondo.

14. Mai
Problemfilm: Die Abfahrer

25. Juni
Antikriegsfilm: Apocalypse now



NORDENSTADT  schön
schöner
sauber er

Auch ohne ordnende Hand von Stadtgärtnern kann jeder in unserem Stadtbezirk - vor allem in den Neubau-Wohngebieten - eine Vielzahl von grünenden und bald blühenden Gewächsen, Sträuchern und Baumarten feststellen.

Getrübt wird ein Spazier- bzw. Erledigungsgang längs der gut ausgebauten Fußwege durch häufig herumliegenden Unrat, wie Getränkebüchsen und -tüten, Zigarettenschachteln und sonstigen Papierabfall. Auch sollten und könnten unsere Vierbeiner angehalten werden, ihre "Normalitäten" nicht mitten auf den Wegen oder gar im Spielbereich der Kinder zu plazieren.

Im Namen aller Nordenstädter Bürger bitte ich das Elternhaus und die Schule, auch ihren Beitrag für ein noch schönere und sauberere Nordenstadt dadurch zu leisten, indem wir unseren Lieben angewöhnen, alle Abfälle nur in die überall aufgestellten Abfallbehälter zu werfen und nicht dorthin, wo man gerade geht und steht. Vielen Dank!

D.Sch.



AUS DEM ORTSBEIRAT

Die Nordenstädter SPD-Ortsbeiratsfraktion hat in der letzten Sitzung des Ortsbeirates einen Antrag eingebracht, mit dem der Magistrat gebeten werden sollte, eine Lärmmeßstelle in Nordenstadt einzurichten, um den während des laufenden Testbetriebs auf dem Flugplatz Wiesbaden-Erbenheim zu erwartenden Lärm mit entsprechenden Meßdaten auch belegen zu können.

Zur Begründung ihres Antrags brachte die SPD-Fraktion vor, daß nach den Reaktivierungsplänen der Amerikaner - nach jetzt bekannt gewordenen Zahlen - bis 1990 in einem Stufenplan 156 Hubschrauber und 25 Starrflügler in Erbenheim stationiert werden und dies zu einer unerträglichen Belastung der betroffenen Bevölkerung führen wird. Um diese Lärmbelastung nicht nur subjektiv zu empfinden, sondern auch mit entsprechenden Meßdaten belegen zu können - dieser Antrag.

Die CDU-Fraktion machte dazu durch ihre Sprecher deutlich, daß auch die Bürger hier im Rhein-Main-Gebiet die Verteidigungslasten mitzutragen hätten, sie müßten allerdings in einem zumutbaren Rahmen bleiben.

Der Vertreter der FDP sprach sich für eine Meßstelle aus, allerdings erst, wenn genaue Daten vorlägen und erheblich mehr Fluggerät stationiert sei.

Bei der dann folgenden Abstimmung erhielt sich der Vertreter der FDP, während die vier Beiratsmitglieder der CDU dagegenstimmten und damit der SPD-Antrag abgelehnt war.

Ich erlaube mir dazu zwei persönliche Bemerkungen:

1. Die Nordenstädter, wie auch die Wiesbadener CDU, muß nun bald einmal erklären, welche Anzahl von stationierten Hubschraubern in Erbenheim sie für die Wiesbadener Bevölkerung noch für zumutbar hält.

2. Die SPD-Nordenstadt und die Wiesbadener SPD halten die geplante Reaktivierung bzw. Stationierung von 156 Kampfhubschraubern auf dem Erbenheimer Flugplatz nach wie vor für nicht vertretbar. Der mit der Stationierung der Hubschrauber verbundene Lärm bei mehr als 70.000 Flugbewegungen im Jahr und der damit verbundenen Gefährdung des gesamten Luftraums von Wiesbaden kann unter keinen Umständen hingenommen werden. Schließlich darf man auch nicht vergessen, daß der ohnehin schon stark frequentierte Weltflughafen Rhein-Main bereits eine beträchtliche Auswirkung auf die Sicherheit und die Umwelt in unserer Region haben. Alle Vernunftsprüche sprechen dafür, die Reaktivierungspläne sofort "ad acta" zu legen. Es geht auch nicht darum, mit dieser Frage eine antiamerikanische Stimmung zu erzeugen oder gegen die Landesverteidigung zu Felde zu ziehen. Das Hauptanliegen besteht darin, dem schon sehr stark belasteten Raum nicht noch zusätzlichen negativen Umwelteinflüssen auszusetzen.

DER ORTSBEIRAT - Thema des NORDENSTADT GESPRÄCHS

Der Ortsbeirat: Politisches Entscheidungsgremium oder Einrichtung zur Vermittlung bereits getroffener Entscheidungen? Dies war das Thema des NORDENSTADT-GESPRÄCHS am 28. März 1984.

Circa 25 Bürger konnte der Moderator des Gesprächs, Dr. Eberhard Meyer, begrüßen. Als Referenten legten Alois Olbrich (CDU), Dr. Siegfried Brill (SPD) und Dr. Herbert Sperling (FDP) ihre Standpunkte zum Thema dar. Hierbei wurde deutlich, daß die einzelnen Parteien den Stellenwert des Ortsbeirats bei politischen Entscheidungen in einigen Punkten unterschiedlich beurteilten.

Alois Olbrich, als Vertreter der CDU, setzte sich dafür ein, den Ortsbeirat aus dem Streit der Parteien weitgehend herauszuhalten. Als einen Weg dazu würde er die Schaffung eines Persönlichkeitswahlrechts ansehen. Dr. Siegfried Brill von der SPD sieht den Ortsbeirat als ein Sprachrohr der Bevölkerung. Hierbei ist für ihn wichtig, durch seine Arbeit im Ortsbeirat politische Entscheidungen für den Bürger transparenter zu machen. Zu dieser Transparenz gehört für ihn auch, Interessenkonflikte deutlich zu machen.

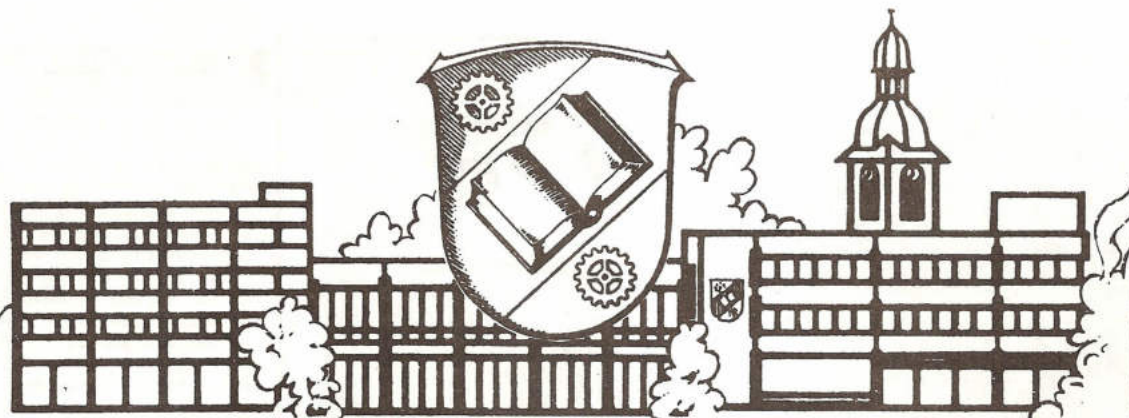
Das Aufzeigen von Interessenkonflikten bedeutet für ihn jedoch keine parteipolitischen Streitereien, sondern Wahrnehmung von Bürgerinteressen. Eine Dezentralisierung innerhalb der politischen Entscheidungsgremien und damit eine Aufwertung der Ortsbeiräte hält Dr. Siegfried Brill für wünschenswert. Dr. Herbert Sperling von der FDP sieht ein Mitspracherecht des Ortsbeirates bei kommunalen Entscheidungen als dessen Hauptaufgabe. Die politischen Parteien sollten sich jedoch mehr bemühen, Gemeinsamkeiten zu finden, als Konflikte herauszustellen. Wie auch die Vertreter der anderen Parteien forderte Dr. Sperling ein Etatrecht für den Ortsbeirat.

Neben der allgemeinen Diskussion über die Funktion des Ortsbeirates kamen auch aktuelle Themen aus den letzten Ortsbeiratssitzungen zur Sprache. So äußerte ein Vertreter der Bürgerinitiative gegen die Reaktivierung des Erbenheimer Flugplatzes seine Enttäuschung darüber, daß die CDU- und FDP-Fraktion einem Antrag der SPD auf Einrichtung von Lärmmeßstellen in Nordenstadt auf der letzten Ortsbeiratssitzung nicht zugestimmt hat.

- em -

WIR WÜNSCHEN UNSEREN LESERN EIN SCHÖNES ÖSTERFEST





Nordenstadt-Nachrichten

8. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

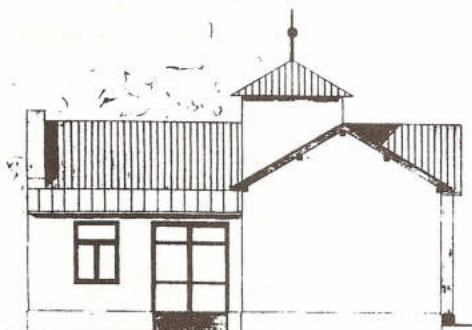
Juni/Juli 1984

SOLL EIN NORDENSTÄDTER WAHRZEICHEN WEG ?

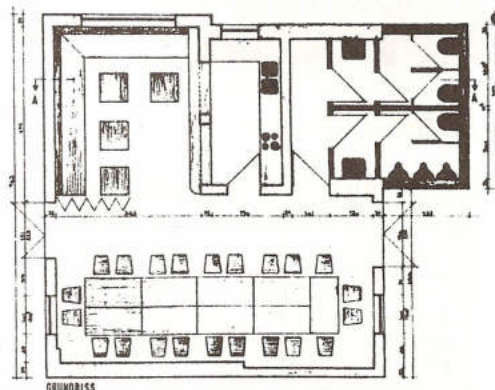
Mit gestutztem Turm liegt ein Entwurf zum Umbau des alten Feuerwehrgerätehauses vor, den der derzeitige Ortsvorsteher Olbrich erstellte.

Lange hat's gedauert, bis der Entwurf fertig war. Die FALKEN hatten das hierzu notwendige Ausmassen des Feuerwehrgerätehauses vorgenommen und bereits vor neun (!!) Monaten dem Ortsvorsteher die Maße übergeben. Ob der mahnde Finger unseres Roti's in der letzten Ausgabe der NORDENSTADT-NACHRICHTEN nun den Anstoß gab?

Die Aufteilung der Innenräume scheint ein guter Kompromiß zwischen Erforderlichem und Machbarem zu sein. Warum aber muß das Äußere verstümmelt werden? Wenn es nach dem vorgelegten Plan geht, soll nämlich der jetzige Turm bis auf einen Stümmel amputiert werden. Damit würde einer der markantesten Punkte Nordenstadts (neben der evangelischen Kirche) verschwinden. Selbst wenn die Sanierung des Turms zusätzliche Aufwendungen erforderlich machen, sind diese Mehraufwendungen zur Vermeidung eines weiteren Gesichtverlustes des alten Ortskerns notwendig. Vielleicht sind für diese Mehraufwendungen auch Mittel aus dem Denkmalschutz erhältlich?



ANSICHT OSTEN



GRUNDRISS

Die Redaktion der NORDENSTADT-NACHRICHTEN bittet alle Nordenstädter - besonders die Nordenstädter Jugend - sich den Entwurf kritisch anzusehen und eventuelle Verbesserungsvorschläge und Anregungen an den Leiter der Ortsverwaltung, Herrn Schindler (Tel.13026) zu richten.

WIH/WW

RECHTSHILFEFONDS

Auf einer Versammlung der BÜRGERINITIATIVE GEGEN DIE REAKTIVIERUNG DES FLUGPLATZES ERBENHEIM wurde zwischenzeitlich der Rechtshilfefonds gegründet. Ziel des Rechtshilfefonds ist es, mit den eingegangenen Geldern Kosten für die juristische Auseinandersetzung gegen die von den amerikanischen Streitkräften beabsichtigte Reaktivierung zu übernehmen. Die juristische Auseinandersetzung soll einmal auf dem sog. "verwaltungsrechtlichen Weg" und zum anderen auf dem "zivilrechtlichen Weg" erfolgen.

Bei dem verwaltungsrechtlichen Weg soll erreicht werden, daß die Reaktivierung per Gerichtsbeschluß verhindert wird. Da sich diese juristische Auseinandersetzung voraussichtlich über mehrere Jahre hinziehen wird, wird versucht, ob mit einer einstweiligen Verfügung das Vorhaben solange unterbunden werden kann, bis im Rahmen der Hauptverhandlung über die Reaktivierungspläne entschieden wird.

Der zivilrechtliche Weg hat zum Ziel,

daß die durch die Reaktivierung eintretende bzw. bereits eingetretene Wertminderung der Grundstücke und Häuser durch eine Schadensersatzzahlung ausgeglichen wird. Dabei ist es das primäre Ziel der BÜRGERINITIATIVE, durch die zu erwartenden Schadensersatzansprüche, den Standort Erbenheim so teuer zu machen, daß auch aus finanziellen Erwägungen von den Reaktivierungsplänen Abstand genommen wird. Für die Beantragung der Wertminderung ist das Amt für Verteidigungskosten in Frankfurt zuständig. Bei diesem Amt sind inzwischen fast 1.000 Anträge eingegangen. Es ist hierbei davon auszugehen, daß diese Ansprüche durch das Amt abgelehnt werden. Mit dem beim Rechtshilfefonds eingegangenen finanziellen Mitteln sollen zur Durchsetzung dieser Ansprüche Klagen bei den jeweils zuständigen Landgerichten (Wiesbaden und Frankfurt) finanziert werden, die im Sinne von "Musterprozessen" geführt werden und damit Gültigkeit für möglichst alle Antragsteller haben werden.

Der Vorstand der SPD-Nordenstadt beschloß auf seiner letzten Sitzung, den Rechts-

IN NORDENSTADT WACKELTE

DIE WENDE!

Auch in Nordenstadt verloren die Bonner Wende-Parteien CDU/FDP ihre absolute Mehrheit. Die Mehrheit "jenseits" der Regierungsparteien setzte sich nun auch in Nordenstadt durch. Diese Mehrheit, im Augenblick zwar noch stark aufgesplittert, wird sich aber bei den Kommunalwahlen in neun Monaten sammeln können.

Zwei unerfreuliche Dinge sind allerdings zu verzeichnen: Die Wahlbeteiligung in Nordenstadt nahm um neun Prozent gegenüber der ersten Direktwahl zum Europa-Parlament im Jahre 1979 ab. Sie lag mit 52,5 Prozent auch weit unter dem Bundesdurchschnitt. In Zahlen ausgedrückt heißt das, daß von 5.079 Wahlberechtigten (1979: 4.131) sich nur 2.666 an der Wahl beteiligten (1979: 2.529).

Nicht nur unerfreulich, sondern fast schon beängstigend ist das Anwachsen der NPD zu nennen. Bei der letzten Bundestagswahl, bei der die Wahlbeteiligung um 38 Prozent wesentlich höher lag, bekam sie nur fünf Stimmen (0,1 Prozent). Bei der Europawahl bekam sie 23 Stimmen (0,9 Prozent). Fast die Hälfte der Stimmen erreicht die NPD rund um den Hesserling. Demokratische Parteien Nordenstadts sollten dieses keimende Problem nicht außer acht lassen.

Im einzelnen erreichte die SPD in Nordenstadt am Westring mit 42,2 Prozent ihr bestes Ergebnis, die CDU mit 36,7 Prozent ihr schlechtestes. Das



RECHTSHILFEFONDS

hilfefonds durch einen finanziellen Beitrag zu unterstützen. Treuhänder des Rechtshilfefonds ist Horst DOMES, der in einer öffentlichen Erklärung versicherte, daß die eingehenden Gelder ausschließlich und unmittelbar für die Finanzierung der Klagekosten im Rechtsstreit gegen die Reaktivierung des Flugplatzes in Wiesbaden-Erbenheim verwendet werden. Eventuelle überschüssige Gelder werden den Einzählern nach Abschluß der juristischen Auseinandersetzung nach dem Anteil des eingezahlten Betrages zurückgezahlt. Der Beitritt zum Rechtshilfefonds kann durch Überweisung eines Betrages von möglichst DM 100.-- auf das Konto des Rechtshilfefonds der BÜRGERINITIATIVE (Horst Domes) bei der Volksbank Gustavsburg e.G., Filiale Delkenheim (BLZ 508 629 03, Kontonummer 571 423, erfolgen. Dabei ist auf die leserliche Angabe der Adresse zu achten, da der Rechtshilfefonds beabsichtigt, die Einzähler über den jeweiligen juristischen Stand zu unterrichten.

Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Sprechstunden der NORDENSTADT NACHRICHTEN wird am Dienstag, den 3. Juli 1984, von 18 - 19,00 Uhr im Sitzungszimmer (1.Stock) des Gemeindezentrums ein Vertreter der BÜRGERINITIATIVE zur Verfügung stehen.

FLUGROUTEN

Im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz des BUND und der BÜRGERINITIATIVE GEGEN DIE REAKTIVIERUNG DES FLUGPLATZES ERBENHEIM wurden die von den amerikanischen Streitkräften und dem Bundesamt für Flugsicherung ausgehandelten Flugrouten veröffentlicht. Die aus den vorliegenden Unterlagen in Karten übertragenen Flugrouten bestätigen, daß Nordenstadt von den Überflügen besonders betroffen sein wird. Nicht nur An- und Abflüge unter Sichtflugbedingungen (80 % aller Starts und Landungen sollen unter Sichtflugbedingungen durchgeführt werden), sondern auch Radarplatzrunden werden über Nordenstädter Wohngebiet geleitet. Es ist nicht auszudenken, welche Belastung die Nordenstädter Bevölkerung ausgesetzt sein wird, wenn die geplante Stationierung von 156 Hubschraubern und 26 Flugzeugen Wirklichkeit wird.

Wünschen könnte man sich nur, daß endlich auch die Rechtskoalition aus CDU und FDP sich dem Vorhaben der amerikanischen Militärs widersetzen und Anträge der SPD-Fraktion nicht ewig als "Schaufensteranträge" abqualifiziert würden. Wünschen würden wir uns auch, daß die CDU-Fraktion nicht auf alles hereinfällt, was von dem derzeit amtierenden Oberbürgermeister herausgegeben wird, wie im Falle der "schriftlichen Mitteilung des Oberbürgermeisters über die vorliegenden Flugrouten". Dieser hatte nämlich dem Wortführer der CDU-Fraktion im Nordenstädter Ortsbeirat nur die An- und Abflugrouten mitgeteilt, die das Nordenstädter Gebiet nur unwesentlich berühren. Herr Schrodt ist dieser Information auf den Leim gegangen, als er während der Ortsbeiratssitzung im Mai voller Stolz diese Information verbreitete.

WW

IN NORDENSTADT WACKELTE DIE WENDE !

schlechteste Wahlergebnis mit 38,8 Prozent erreichte die SPD im alten Ortsteil, jedoch lag hier der Anteil der Grünen mit genau 10 Prozent über dem Durchschnitt. Für Nordenstadt gilt, daß dort, wo die SPD stärker abscheidet, die Grünen unterdurchschnittlich vertreten sind und umgekehrt. Dies trifft übrigens auch bei CDU und FDP zu. Die FDP ist nun schon zum zweiten Mal seit September 1982 nur noch die vierte Kraft. Am Westring, wo sie einmal fast 19 Prozent sicher hatte, erreichte sie nur mehr 8,6 Prozent. Beide Bonner Oppositionsparteien sind jedoch immer stärker als die Bonner Regierungsparteien CDU und FDP. Eine leichte Verschiebung zugunsten der CDU gab es nach der Auszählung der Briefwahl, da wie immer der Anteil der CDU-Stimmen hier erheblich höher liegt. Hier nun das Endergebnis für Nordenstadt im Vergleich zur letzten bundesweiten Wahl, der Bundestagswahl 1983. Wir möchten noch darauf hinweisen, daß die vom Wiesbadener Kurier veröffentlichten Zahlen nicht stimmen.

	EW 1984	BTW 1983
SPD	39,9 %	38,2 %
CDU	39,9 %	46,3 %
Grüne	8,7 %	5,8 %
FDP	6,9 %	9,5 %
Friedensliste	1,6 %	-
NPD	0,9 %	0,1 %
Sonstige	1,2 %	0,0 %
ungültige Stimmen	0,9 %	0,1 %

W.Sp.

STARKE BETEILIGUNG AN DER VOLKSBEFRAGUNG

Neben der Europa-Wahl am 17. Juni hatte der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung - auch mit Unterstützung der SPD - zu einer selbstorganisierten Volksbefragung gegen die Nachrüstung mit atomaren Mittelstreckenraketen in Europa aufgerufen. Die Friedensbewegung hatte vor 18.000 der insgesamt rund 60.000 Wahllokale in der Bundesrepublik ihre Stände aufgebaut. Auf vordruckten Zetteln konnten die Bürger ihre Zustimmung oder Ablehnung zum Abbau der Atomraketen in Ost und West äußern. Bundesweit haben sich mehr als 5 Mill. Bürger an der Befragung beteiligt und mit fast 88 %iger Mehrheit gegen eine Stationierung ausgesprochen. Ein, gemessen an der Zahl der Befragungsstände, sicher respektables Ergebnis, daß hoffen läßt. Ein Beweis, daß die Mehrheit unserer Bevölkerung die Stationierung ablehnt, aber auch, daß die Friedensbewegung weiterlebt. Wann endlich nimmt die Bonner Rechtskoalition dies zur Kenntnis und handelt danach? Wann endlich wird der

Kanzler, der behauptet, uns alle zu vertreten, mit Nachdruck dafür sorgen, daß endlich ernsthafte Verhandlungen über einen Abbau der Hochrüstung in Ost und West begonnen werden? Auch in Nordenstadt konnte mit Unterstützung des SPD-Ortsvereins an einem von drei Eingängen zum Europa-Wahl-Lokal die Volksbefragung stattfinden. Mit nur 11 Nein-Stimmen sprachen sich auch die Nordenstädter Bürger eindeutig gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa aus. Besonders traurig stimmt uns aber die Tatsache, daß es einige Bürger gab, die durch eine Eintragung in die geführten Wählerlisten persönliche Nachteile befürchteten. Sind wir schon wieder soweit?

WIH

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7

Redaktion:
Katrin Kiehne, Goethering 26
Werner Wahler, Pommernstraße 45
Eigendruck

KABELVERIRRUNG KANN

BIS 8.000 MARK KOSTEN

In der letzten Ortsbeiratssitzung beschlossen CDU und FDP die Breitbandverkabelung für Nordenstadt bei der Deutschen Bundespost zu beantragen. Abgelehnt wurde der Antrag der SPD-Fraktion, die vor einer Entscheidung die Anhörung von Fachleuten über Auswirkungen und Kosten einer Zwangsverkabelung forderte. Dies wäre bitter nötig gewesen, denn es war schon fast beschämend wie hier von der CDU Begriffe wie Großantennenanlage und Breitbandkabel verwechselt wurden. Für "Kabellaien" sei hier erklärt, daß zwischen beiden Begriffen ein Unterschied wie zwischen Eiern und Birnen besteht.

Warum wollte oder durfte sich nun die CDU-Fraktion im Ortsbeirat nicht sachkundig machen?

Am verständlichsten wird dies wohl über die Person des CDU-Stadtverordneten und Mitglied des Ortsbeirats, Herrn Schrodt, dessen Fraktion sich im Stadtparlament bereits Anfang dieses Jahres für eine Zwangsverkabelung aussprach. Übrigens wurde auch im Stadtparlament ein Hearing zu diesem Thema von der CDU-Mehrheit verhindert. Von Wiesbaden verordnet müssen nun in einem Rundumschlag die CDU-Ortsbeiräte die Verkabelung ihres Ortsteils in den Ortsbeiräten fordern.

Was kommt nun an Kosten auf den einzelnen Bürger durch die beantragte Verkabelung zu?

Nachdem die Bundespost mit einem Aufwand von 21 Milliarden Mark Deutschlands Straßen aufreißt, um flächendeckend zu verkabeln, wird sie ab 1.7.1985 für jede angeschlossene Wohneinheit eine Gebühr von DM 500.- fordern. Mit dieser Gebühr werden aber nach Ermittlungen, die der Bundesrechnungshof auf Antrag der CDU erstellte, nur die Hälfte der Gesteuerungskosten abgedeckt; die restlichen 10,5 Milliarden müssen daher aus dem betriebswirtschaftlichen Gewinn der Post bestritten werden. Dies wird Auswirkungen auf Preis und Qualität der übrigen Postdienste haben.

STREIK - auch in Nordenstadt

Wer in der letzten Zeit öfter mal den Ostring entlangefahren war, muß es bemerkt haben, daß auch Nordenstadt vom Streik um die Einführung der 35-Stunden-Woche nicht verschont wurde. Gestreikt wurde in der Druckerei Chmielorz, ein Betrieb mit rund 85 Beschäftigten. Für den Streik hatten sich 89,8 % der organisierten Kollegen im Rahmen der Urabstimmung ausgesprochen. Also eine sehr breite Mehrheit, die finanzielle Einbußen in Kauf genommen hat, damit

ZU(R) SCHAU -(STELLUNG)- KÄSTEN

Im Zeitalter des Video werden die Wiesbadener Bürger durch neue Schaukästen vom Magistrat "in Bildern" über dessen Aktivitäten und vor allem die des OB's informiert. Die Bilder sprechen für sich!

Wenn man zusammenrechnet, wie hoch die Anschaffungskosten pro Kasten sind (schätzungsweise DM 2.000.--, 10 Kästen gibt es bestimmt in Wiesbaden) und welche Kosten für die wechselnden Bilder der Schaukästen anfallen werden (es wird von jährlich DM 45.000.-- gesprochen), dann fragt man sich, ob bei leeren Stadtkassen diese Selbstdarstellung des Magistrats gerechtfertigt ist. Ich sage: nein!

Sinn hätten solche Schaukästen vielleicht als Informationsforum der ortsansässigen Vereine; denn für amtliche Mitteilungen gibt es ja Schaukästen in ausreichender Anzahl.

Ich hätte auch schon Vorschläge, was man mit "Zuviel-Geld in der Stadtkasse" für Nordenstadt machen könnte: zum Beispiel eine Ampel vor der Kindertagesstätte am Hessenring oder einen Trimpfad bei der Grünfläche am Gemeindezentrum.

Was, Sie haben den Schaukasten noch gar nicht entdeckt? Sie finden ihn auf der Rückseite des Gemeindezentrums neben dem Eingang zum großen Saal. Die Bilder dürften Sie allerdings schon kennen, denn die "Motive" wurden bereits in den Wiesbadener Tageszeitungen gezeigt.
G.J.

die 35-Stunden-Woche nicht nur Wunschtraum bleibt und Solidarität übt, mit denen, die keine Arbeit finden.

Bei der Firma Chmielorz, bei der nach Meinung der Streikposten kein Auftragsmangel herrscht, waren die Anforderungen an die Beschäftigten ständig erhöht worden; denn trotz Mehraufträge sank die Zahl der Beschäftigten um fast 10 Prozent. Nicht verwunderlich, daß der Betriebsrat seit Beginn der Tarifauseinandersetzung sich Anträgen auf Überstunden widersetzt. Erfreuliches Ergebnis: ein neuer Mitarbeiter wurde eingestellt. Erfreulich auch, daß die Auszubildenden sich mit ihren "erwachsenen Kollegen" trotz Androhung der Auflösung ihres Ausbildungsvertrages solidarisierten und sich am Streik beteiligten.

Wenig erfreulich, daß eine Reihe von "Trittbrettfahrern" während des Streiks zumindest einen Teil der Produktion aufrecht hielten. Oder sollten diese auf die Verkürzung der Arbeitszeit und die weiteren tarifvertraglichen Verbesserungen verzichtet haben? WW

TEURE ANGSTZUSTÄNDE

Als im Herbst 1982 die Dr. Horst-Schmidt-Kliniken eingeweiht wurden, erhielten die Ehrengäste Einladungen, die vom OB Dr. Jentsch und Stadtrat Exner als dem zuständigen Dezernenten unterzeichnet waren.

Das gleiche Verfahren sollte nun bei Inbetriebnahme der Kinderklinik praktiziert werden. Die Einladungskarten waren gedruckt und lagen zum Versand bereit. Da schritt der CDU-Oberbürgermeister ein. Ihm paßte es nicht, daß neben seinem Namen noch der von Stadtrat Exner stand. Er ordnete an, neue Einladungskarten - nur mit seiner Unterschrift - drucken zu lassen. Die bereits vorhandenen Karten wurden zu Makulatur. Die Kosten ca. 1.000 Mark sind hinausgeworfen. Jentsch hat wohl erkannt, daß Exner ein ernstzunehmender Gegner für ihn ist. Um ihn vor der Kommunalwahl nicht mehr zu Wort kommen zu lassen, ist ihm jedes Mittel recht - die Bürger bezahlen es auch noch.

Einladung an alle Nordenstädter zum:



Nordenstadt-Gespräch

Donnerstag, 5. Juli, 20⁰⁰ Uhr,
Restaurant der Taunushalle (Nebenraum)

mit FRANK BEUCKER - SPD

und MARION PAPACZEK - GRÜNE

Thema: SPD UND GRÜNE

► "Perspektiven einer Zusammenarbeit
in Hessen"

Da die Bundespost aber nur bis zum Hausanschluß verkabelt, müssen durch Privatfirmen danach die einzelnen Wohneinheiten angeschlossen werden. Hier fallen neben den Handwerkslöhnen noch weitere Kosten für notwendige neue abgeschirmte Kabel, Anschlußdosen, etc. an. Fraglich ist auch, ob die bestehenden Antennenschächte zur Aufnahme immer geeignet sein werden. Hier müßten evtl. Wände aufgerissen und neue Schächte gelegt werden. Was dies neben der Renovierung der Wände kosten kann, wird sicher nicht unerheblich sein. Will man nun aber auch Sonderkanäle empfangen, die im Moment an allen fünf Fingern abzuzählen sind, werden weitere Investitionen notwendig. Zum Verständnis: auf den Sonderkanälen werden sich die kommerziellen Anbieter tummeln, die uns die ach so schöne Programmvelfalt bieten wollen - natürlich gegen entsprechende Gebühren! Hierzu muß aber ein kabeltauglicher Fernseher vorhanden sein. Die meisten älteren Geräte werden auch durch Kabelkanaltuner nicht nachrüstbar sein. Eine Neuanschaffung wird notwendig. Gleiches gilt natürlich auch für Videorecorder, wobei zur Zeit nur ein einziger "kabeltauglicher" Recorder angeboten wird. Die 6 Mark, die die Post zusätzlich im Monat für einen Anschluß fordert, nehmen sich dagegen schon fast lächerlich aus. Alle genannten Angaben kommen vom Anbieter des Breitbandkabel-

anschlusses - der Deutschen Bundespost. Wie sich diese Investitionen auf die Wohnnebenkosten auswirken werden, kann sich wohl jeder vorstellen. Unglaublich, daß diese Informationen der CDU nicht bekannt sind - oder doch?

Nimmt man die Werbung, bestes Bild, bester Ton, so wäre auch zu prüfen gewesen, ob dies nicht bedeutend preisgünstiger durch weitere Anschlüsse an die bestehende Großantennenanlage in Nordenstadt möglich gewesen wäre. Alles in allem ein teurer Spaß, den die CDU uns da zumutet, wer wird ihn sich leisten können? Brauchen wir wirklich noch mehr Sex, Crime und Horror auf unseren Bildschirmen oder wäre es nicht bedeutend notwendiger, uns in einem anderen Bereich der Kommunikation zu verbessern - nämlich der menschlichen. Und wenn auch noch derzeit die Freiwilligkeit eines Anschlusses betont wird, so ist bei der derzeitigen CDU-Mehrheit im Stadtparlament nicht auszuschließen, daß per Ortssatzung eigene vorhandene Antennenanlagen verschwinden und der Anschluß an das Postkabel vorgeschrieben wird. Erwähnt werden muß auch noch, daß die jetzige Breitbandverkabelung mit der Kupfertechnologie bereits heute durch die entschieden leistungsfähigere Glasfaser und direkt sendende Satelliten überholt ist. Bereits für 1986 wird mit dem Sendebeginn eines amerikanischen, direkt sendenden Satelliten über eine Luxemburger Gesellschaft zu uns gerechnet.

WIH

✚ DRK - NORDENSTADT

Auch in Nordenstadt besteht ein Ortsverband des Deutschen Roten Kreuzes. Er umfaßt 150 Mitglieder. 30 Aktive bilden die Bereitschaft Nordenstadt. Die vornehmlich jungen Leute versehen den Sanitätsdienst bei Veranstaltungen verschiedenster Art und sorgen so für die Sicherheit der Teilnehmer bei möglichen Notfällen. Weitere Aufgaben sind die Durchführung von Blutspenden und Altkleidersammlungen, die Unterstützung des ehrenamtlichen Krankentransportes in Wiesbaden, Ausbildung in "Erster Hilfe" und die Mitwirkung im Bereich des Katastrophenschutzes. Um sich auf den neuesten Stand zu halten, lassen sich die Helfer am Bereitschaftsabend (Donnerstags von 20 - 22 Uhr; linker Seiteneingang der Taunushalle) aus- und fortbilden. Natürlich bringt die Mitarbeit im DRK auch viel Spaß in der Gemeinschaft mit Gleichgesinnten. Für junge Leute gibt es das Jugendrotkreuz (Gruppenstunde donnerstags 18,30 - 20 Uhr). Zuletzt bereiteten sich die Helfer des DRK Nordenstadt auf ihre größeren Einsätze vor, wie z.B. ihr Wandertag vom 24. Juni und ihr Blutspendetermin vom 29. Juni 1984. Interessenten an der Rot-Kreuz-Arbeit werden mit Freuden und unverbindlich gern willkommen heißen. Wir danken dem DRK Nordenstadt für seine geleistete Arbeit und wünschen ihm weiterhin eine positive Entwicklung.

WIH

RAINER NOLL - Anfänge in Nordenstadt und was daraus wurde -

Am Anfang war ein altes Klavier. Das wurde eines Tages - ich mag etwa zehn Jahre alt gewesen sein - in unserem Klassenzimmer der alten Volksschule in Nordenstadt aufgestellt. Auf diesem Instrument begleitete Hauptlehrer Becker den Morgenchoral, der den Schulalltag einleitete. Durch das Erlebnis dieses einfachen Musizierens ergriff mich die Musik auf geheimnisvolle Weise, bisher stumme Saiten in mir wurden zum Klingen gebracht, und die leidenschaftliche Sehnsucht war geweckt, nicht selber in Tönen ausdrücken zu wollen. Sehr zum Erstaunen meiner Eltern, Lehrer und Schulkameraden, denn Nordenstadt - damals waren noch fast alle Einwohner Bauern wie mein Vater - war eigentlich ein recht amusisches Pflaster. Im Elternhaus wurde nie gesungen, in der Schule nie richtig, in der Kirche mehr schlecht als recht. Ein Instrument stand mir nicht zur Verfügung. Diese Not ließ mich Weingläser mit Wasser füllen, um verschiedene Töne hervorzu- bringen. Geriet ich aber irgendwo an ein Klavier, so war ich in einer anderen Welt. Von Onkel Robert im nahen Kloppenheim hatte ich inzwischen in einer einzigen Klavierstunde die Zuordnung von Noten und Tasten erlernt. Als ich dann zwölf Jahre alt war, verkaufte mit der Hauptlehrer das sehr alte Klavier aus der Volksschule für mühsam ersparte fünfzig Mark. Bis es später zur ersten richtigen Klavierstunde bei Gustav Sieber in Wiesbaden kam, war ich längst zu einfachen Bachstücken vorge- drungen, und stolz zeigte ich meinem Lehrer einen Stapel eigener "Kompositionen". Die Musik hatte über mich und die Umstände gesiegt.

Auf den so bereiteten Boden traf folgendes: Eine Patentante schenkte mir zum Geburtstag die Schweitzer-Biographie von Hermann Hagedorn. Damals ahnte ich nicht, daß dieses unscheinbare Geschenk große Bedeutung für mich gewinnen sollte. Durch die Beschäftigung mit Albert Schweitzer wurde meine Aufmerksamkeit überhaupt erst auf das Instrument Orgel gelenkt. Ich begann bald, Konzerte in



Wiesbaden zu besuchen. Schließlich nahm ich Orgelunterricht, zunächst bei Gustav Sieber, damals Kantor der Kreuzkirche in Wiesbaden, dann noch ein knappes Jahr bei Peter Schumann, damals Kantor der Lutherkirche in Wiesbaden. Schon nach kurzem Unterricht, im Sommer 1963, spielte ich auf der 1753 erbauten Orgel in Wallau zum ersten Mal "öffentlich" bei einer Trauung.

Damals begann ich auch, mich mit Fragen des Orgelbaues zu befassen. Als eine Frucht dieser Beschäftigung konnte 1973 die neue Orgel für die Evangelische Kirche in Bierstadt ganz nach meinen Wünschen erbaut werden.

Die Orgel der Evangelischen Kirche in Nordenstadt war die erste Orgel, die ich bewußt hörte. Sie war in jeder Hinsicht meine erste Orgel! Nachdem ich in jener erwähnten Schweitzer-Biographie von Hagedorn erstmals über Orgeln und Orgelspiel gelesen hatte, galt mein

Hauptinteresse der 1886 von Heinrich Voigt aus Igstadt erbauten Orgel. Ihr würdevoller, feierlicher Klang hatte mich ergriffen. Eines Tages erlaubte Dekan Keller, daß die damalige Organistin - Frau Keller - mir den Spieltisch der wie ein Heiligtum gehüteten Orgel zeigte. Die Möglichkeit, bald darauf regelmäßig an dieser Orgel üben zu dürfen, bescherte mir fast täglich Stunden vollkommenen kindlichen Glücks. Am ersten Sonntag im August des Jahres 1964 trat ich dann hier mit Bachs berühmter Toccata in d-moll offiziell den Organistendienst für die vier folgenden Jahre an. In der für mich typisch gebliebenen autodidaktischen Arbeitsweise studierte ich auf "meiner" Orgel etliche Werke Bachs und anderer Meister - hier legte ich die Grundlagen meines Orgelspiels! Allerdings war ich als von hoher Orgelkunst erfüllter Jüngling blind für die harte Tatsache, daß in der damaligen biederen Landgemeinde Nordenstadt kein fruchtbarer Boden für meinen glühenden musikalischen Missionseifer vorhanden war - und dies bekam ich auch deutlich zu spüren.

Während meiner Amtszeit in Nordenstadt wurde auf meine Veranlassung hin im Jahre 1965 der heute noch bestehende Kirchenchor gegründet.

Heute bin ich als Kantor und Organist an der St. Martins-Kirche in Kelsterbach tätig; in erster Linie der wunderbaren Orgel wegen, die ich hier vorfand.

Seit Pfarrer Junghans in Nordenstadt arbeitet, erlebte ich in zahlreichen Konzerten eine Rückkehr zu meiner ehemaligen Orgel als Konzertorganist. Auch meine späteren klanglichen Vorstellungen wurden von dem Instrument in Nordenstadt mitgeprägt. Ich bin froh, daß diese Orgel bis heute so erhalten geblieben ist, wie ihr Erbauer sie hinterlassen hat: als Orgeldenkmal der Romantik, als ein in sich geschlossenes Kunstwerk!

RAINER NOLL



Pfingstzeltlager

der Falken

Auch in diesem Jahr führen die FALKEN in das traditionelle Pfingstlager. Diesmal war der Ortsverband "unter sich". 28 Kinder und 5 Erwachsene zog es in den Bischofsheimer Wald, ins Naturfreundehaus. Pünktlich stellte sich auch das erbetene gute Wetter ein und so wurden die Füße nur beim Spielen am Brunnen naß. Allzu schnell verging dann die Zeit mit Spaziergehen, Federballspielen, Malen, Joggen, Geländespiel usw. Auch das Kochen wurde selbst bewältigt. Statt einer Nachtwanderung wurde ein Morgengang gemacht, bei dem auch das Wild zu beobachten war. Die Abende am Lagerfeuer waren lang und schön, die Nächte im Zelt um so kürzer. Auch das Wiedersehensfest mit den Eltern war gelungen, kurzum: es hat sehr viel Spaß gemacht und spätestens im nächsten Jahr geht es wieder auf Fahrt. Ein Teil der Kinder wird in den Ferien am Sommerlager der FALKEN teilnehmen, das in diesem Jahr auf dem Belger Kopf (bei Kaufungen / Kreis Kassel) stattfindet. Wir wünschen ihnen dazu genauso gutes Wetter und viel Spaß!

GW



HINDENBURG-BRUNNEN



AUCH SCHON FAST EINE TRADITION ...

ist die Pflanzaktion der FALKEN am Hindenburgbrunnen. 20 Kinder rückten mit Hacke und Spaten an, um dem Unkraut den Garaus zu machen. Nachdem noch einige Abfälle aufgelöst und die Brunnen-schale gereinigt war, konnten die Blumen gepflanzt werden, die aus eigener Kasse gespendet wurden. Zur Erfrischung gab es im Anschluß noch ein Eis und 20 zufriedene Kinder hatten das Gefühl, etwas Sinnvolles getan zu haben! Habt Ihr auch! Vielen Dank für Eure Mühe!

G.W.

NATURKUNDE KINDGERECHT

Die Mitarbeiter der Kindertagesstätte Hessenring bemühen sich seit dem Frühjahr d.J. verstärkt darum, den Kindern "Natur" beispielhaft näherzubringen. Erste Aktion war die Pflanzung von Beerensträuchern und Obstbäumen. Die Kinder - für die Pflege ihrer Pflanzen verantwortlich - sind schon neugierig, was die erste Ernte bringt. Mit Nutzsträuchern/-bäumen anstatt Ziersträuchern/-bäumen kann man Kindern gut den Ablauf der Jahreszeiten verdeutlichen. Außerdem ist diese Anpflanzung ein Beitrag zur Sicherung des Lebensraumes von Insekten, Schmetter-

KAUGUMMI AUTOMATEN

In den NORDENSTADT-NACHRICHTEN ist bereits vor einiger Zeit das zu niedrige Anbringen der Kaugummi-Automaten, die dadurch erheblichen Verunreinigungen besonders durch Hunde ausgesetzt sind, kritisiert worden. Die davon ausgehende gesundheitliche Gefährdung veranlaßte Dr. Brill in einer Ortsbeiratssitzung zu einer Anfrage an den zuständigen Verwaltungsleiter. Herr Schindler sagte eine Überprüfung zu. Das Staatliche Veterinäramt antwortete, daß es zur Zeit noch keine gesetzliche Regelung für die Höhe der Anbringung von Kaugummi-Automaten gibt! Wenn man sich auch oft wünscht, daß nicht für alles und jedes eine Verordnung oder ein Gesetz geschaffen wird, so nutzt hier ein Appell an die Einsicht der Kaugummiautomaten-Aufsteller leider überhaupt nichts. Wenn gegenwärtig bei Überprüfungen der Automaten - sofern von einer regelmäßigen Überprüfung überhaupt geredet werden kann - Verschmutzungen festgestellt werden, wird das Lebensmittel- und Bedarfsgegenstandesgesetz herangezogen und gegebenenfalls ein Bußgeldbescheid verhängt. Diese Bußgeldbescheide erlangen - so das Staatliche Veterinäramt - nur teilweise Rechtskraft oder die Verfahren werden eingestellt. Von Seiten der Automatenvertreiber werden die vom Staatlichen Veterinäramt in hygienischer Hinsicht getroffenen Maßnahmen überhaupt in Frage gestellt. Ein Rechtsstreit darüber ist anhängig.

Wo bleibt hier der Verbraucherschutz?

AL

lingen und auch Vögeln.

Zweite große Aktion ist die Anlage eines kleinen Teiches. Hier können die Kinder Pflanzen und Tiere kennenlernen, die früher jedem Kind durch Feuerlöschteiche geläufig waren, heute den Kindern eher aus dem Fernsehen bekannt sind. Selbstverständlich wird der Teich kindersicher abgeschirmt!

Die Initiative der Kindertagesstätte ist zu begrüßen; denn damit wird es Kindern in einem Alter, in dem sie vor allem beobachten, ermöglicht, Natur zu erleben!

G.J.

DAUERBRENNER: FLURSTRASSE

In der Ortsbeiratssitzung am 1.2.1984 beschloß der Ortsbeirat gegen die Stimmen der SPD die Zustimmung zu der Magistratsvorlage, die den Restausbau der Flurstraße vorsieht. Aus der Begründung (Zitat):

"Die Beseitigung der Engstellen und damit die Durchführung der im Bebauungsplan vorgesehenen Festsetzungen ist aus Sicherheitsgründen erforderlich. Der nördliche Gehweg wird bei einer Begegnung zweier Fahrzeuge teilweise in Anspruch genommen, so daß eine erhebliche Gefährdung der Fußgänger die Folge ist."

Was zeigt aber die dazugehörige Zeichnung bei genauem Hinsehen? Statt eines Bürgersteiges ist auf der auszubauenden Südseite eine 2 m breite Fläche aus Verbundpflaster vorgesehen, die ohne Bordstein in die Fahrbahn übergeht - eine sogenannte Mischfläche, die nach Aussage des zuständigen Amtes von Fußgängern und Autos gleichermaßen benutzt werden kann!

Wo bleibt denn da die vielzitierte Sicherheit der Fußgänger?

Inzwischen ist aufgrund der Tatsache, daß die erwähnte Magistratsvorlage einstimmig ist, weil die Begründung zum Antrag nicht mit der angehängten Zeichnung übereinstimmt, eine Dienstaufsichtsbeschwerde beim Innenministerium eingereicht worden. Sie wurde mit dem Hinweis abgelehnt, die vorliegende Entwurfskopie sei überholt, ein rechtswidriges Handeln sei daher nicht gegeben.

Wie kann aber ein Entwurf überholt sein, wenn derselbe dem Ortsbeirat zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegen hat? Die Dienstaufsichtsbeschwerde hatte zumindest den Erfolg, daß das Bauvorhaben vorläufig gestoppt ist, bis eine neue Vorlage erarbeitet worden ist.

Bei all dem muß man sich vor Augen halten, daß die Gemeinde Nordenstadt einmal beschlossen hat, daß die Flurstraße ausgebaut ist, deswegen können die Kosten für diese überflüssige Maßnahme nicht aus dem Erschließungstitel (=Anliegerkosten) bestritten werden. Allen Unkenrufen zum Trotz scheint in der Stadtkasse doch genügend zu sein, wenn solche nicht lebenswichtigen Dinge in Angriff genommen werden.

AL



Männergesangverein
CONCORDIA 1850
 NORDENSTADT

Donnerstags von 20 - 22 Uhr treffen sich die Sänger des Männergesangvereins CONCORDIA 1850 Nordenstadt im Gemeindezentrum.
 Der über 130 Jahre alte Verein ist der älteste Nordenstädter Verein. Dieses ehrwürdige Alter sagt jedoch nichts über seinen Schwung und seine Dynamik aus. Wie sonst läßt es sich erklären, daß der Verein unter der Leitung der erst 21 Jahre jungen Chorleiterin Gabriele LANG steht. Gabriele Lang studiert Musikwissenschaften an der Johannes Gutenberg Universität in Mainz und hat bereits die Organistenprüfung Stufe III abgelegt. Obwohl Gabriele Lang die Chorleiterprüfung erst 1983 beim Hessischen Sängerbund ablegte, leitet sie bereits fünf Chöre neben dem MGV CONCORDIA. Gabriele Lang, die sich ganz der Musik verschrieben hat, freut sich ganz besonders auf die Gesangsstunden mit den Nordenstädtern und wünscht sich auch weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit all den Menschen, die Zeit, Liebe und Idealismus für die Musik mitbringen. Sollten Sie Interesse an einer Mitarbeit in dem Gesangverein verspüren, so setzen Sie sich doch mit dem 1. Vorsitzenden des Vereins, Herrn Theo Koch (Tel. 15489) in Verbindung oder schauen Sie mal unverbindlich rein. Wie gesagt: donnerstags von 20 - 22 Uhr wird gesungen! Im großen Saal des Gemeindezentrums.
 WW

Termine... Termine... Te

- 30.06. - 08.07.1984
 TUS - Sportwoche AH 1 auf dem Sportplatz
- 03.07.1984
 Sprechstunde der NORDENSTADT NACHRICHTEN im Sitzungszimmer (1. Stock) Gemeindezentrum von 18 - 19 Uhr
- 05.07.1984
 NORDENSTADT-GESPRÄCH in der Gaststätte Taunushalle - 20 Uhr
- 25. - 26.08.1984
 KERB Nordenstadt Ausrichter Freiwillige Feuerwehr

WAS WIRD AUS UNSEREM STADTTEIL??

Einmütig beschloß der Ortsbeirat, keine weiteren Baugebiete für Nordenstadt auszuweisen - entgegen den Plänen des Entwurfs des Regionalen Raumordnungsplans. Über die einzelnen Ziele des Regionalen Raumordnungsplans hatten wir bereits in der Ausgabe Juni/Juli 83 der NORDENSTADT NACHRICHTEN ausführlich berichtet. Ob dieser eindeutige Beschluß des Ortsbeirats in den weiteren Entscheidungsinstanzen an Substanz verliert, wird abzuwarten sein. Wir werden darüber weiter berichten.
 kk/ww

KINDERTAGESSTÄTTENBEDARFSPLAN

Ohne Diskussion sollte der Kindertagesstättenbedarfsplan vom Ortsbeirat zunächst zur Kenntnis genommen werden. Für Nordenstadt wichtig, ist die Feststellung, daß es hier an Kindertagesstättenplätzen mangelt! Der Mangel besteht auch über das Jahr 1985 hinaus. Für den Bereich des Kindergartens ist in Wiesbaden ein Versorgungsgrad von 75 Prozent ein überdurchschnittlicher Wert, der in Nordenstadt allerdings nur bei 60 Prozent liegt! Daraus folgt, daß gegenwärtig 69 Kinder im Alter von 3 - 6 Jahren für einen Kindergartenplatz angemeldet sind, aber keine Chance haben, ihn zu bekommen. Ohne daß es zu einer Beschlußfassung kam, schlug der CDU-Wortführer Schrodt im Ortsbeirat vor, die Gruppenstärke in den Nordenstädter Kindergärten zu erhöhen. Damit könnten 27 weitere Kinder aufgenommen werden. Maßgeblich für die momentane Gruppenstärke (in der Regel 20 Kinder) ist nach geltenden Richtlinien die Größe des zur Verfügung stehenden Raumes: 2 qm pro Kind! Nur in Erinnerung gerufen sein soll, daß nach dem Tierschutzgesetz für einen Hund 10 qm vorgeschrieben sind.
 KW



Aus dem Ortsbeirat

In der Sitzung des Ortsbeirats vom 27. Juni 1984 hat die CDU-Fraktion einen Antrag eingebracht, "dass in Zukunft Flugzeuge der US-Streitkräfte das Überfliegen von bebautem Nordenstädter Gebiet (zu) unterlassen" haben.
 Der Fraktionssprecher Schrodt ließ dabei deutlich merken, daß er von dem eigenen Antrag nicht viel hielt und betonte daher, daß er diesen Antrag im Auftrag von Anliegern im Westring einbringe.
 Die SPD betonte, daß sie diesem Antrag grundsätzlich zustimme ("wahrscheinlich mit mehr Nachdruck als der Antragsteller"), wollte aber deutlich machen, daß dadurch die grundsätzliche Ablehnung der Reaktivierungspläne für Erbenheim nicht infrage gestellt wird; sie beantragte daher folgende Verbesserung dem Antrag voranzustellen: "Unbeschadet seiner prinzipiellen Ablehnung der Reaktivierungspläne für den Erbenheimer Flugplatz bittet der Ortsbeirat den Magistrat"
 Wie in Wirklichkeit ein Teil der CDU-Fraktion mit den Interessen der Nordenstädter Bürger umzugehen pflegt, zeigte dann das Abstimmungsverhalten. Zwei der Fraktionsmitglieder der CDU stimmten gegen den Antrag, der von der eigenen Fraktion "im Auftrag von Bürgern" gestellt wurde.
 Schrodt hält nach seinen eigenen Aussagen 30 bis 50 Flugzeuge für zumutbar, da dies für die betroffene Bevölkerung zumutbar sei.

UMWELTSCHUTZ PRAKTISCH



Was machen Sie mit Ihren alten Batterien? Bitte schmeißen Sie sie nicht in die Mülltonne! Sie haben jetzt eine einfache Möglichkeit, Ihre alten Batterien loszuwerden: Bringen Sie sie bei ihrem nächsten Spaziergang durch Nordenstadt einfach bei der AOK in der Stolberger Straße 47 vorbei.
 Seit einiger Zeit hat die AOK in ihren Geschäftsräumen eine Sammelstelle für Altbatterien eingerichtet. Sie können während der üblichen Geschäftszeiten (Montags bis mittwochs von 8,30 - 15, donnerstags von 8,30 - 18 und freitags von 8,30 - 13 Uhr) abgegeben werden. Bitte nutzen auch Sie diese Chance und helfen mit, unsere Umwelt zu schonen!
 kk

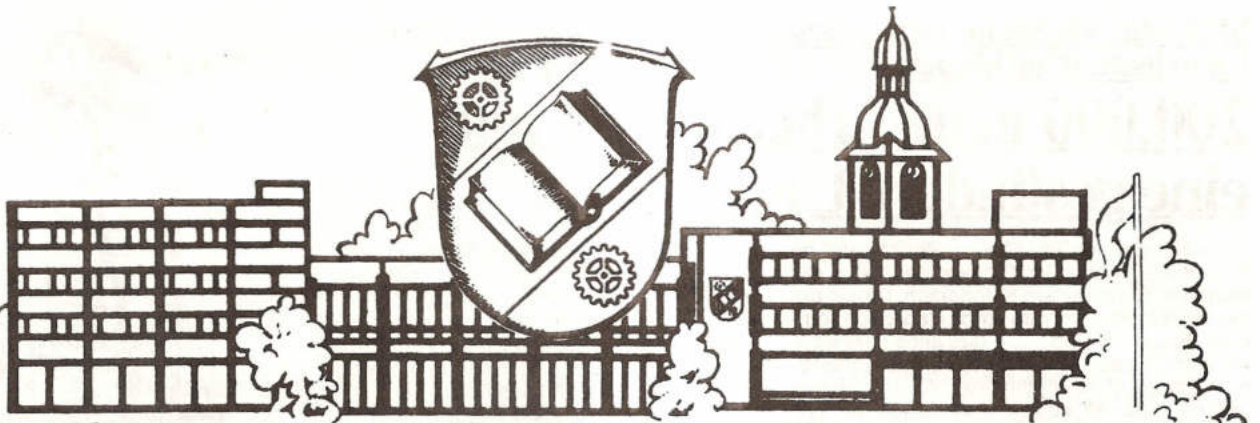
ZU FROH GEFREUT?

Im März stellten wir voller Freude fest, daß der Bau der Fußgänger-Ampel am Wallauer Weg endlich in Angriff genommen wurde. Wer nun dachte, er könne bald dort die Straße gefahrlos überqueren, sieht sich getäuscht. Die Ampel steht nun schon lange, aber benutzbar ist sie immer noch nicht (Ende Juni). Warum?
 Auf Nachfrage erfährt man, daß noch ein elektrisches Teil, das wohl für die Inbetriebnahme notwendig ist, fehlt. Da zu kommt, daß die entsprechenden Markierungen auf der Straße noch aufgetragen werden müssen.
 Ob die Ampel fertiggestellt ist, wenn Ende August die Schule wieder beginnt?
 AL

Sophiel Buhl

DIE NORDENSTADT-NACHRICHTEN-REDAKTION WÜNSCHT EINEN ERHOLSAMEN URLAUB!





Nordenstadt-Nachrichten

8. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert August/September 1984

24.-27. Aug.:Kerb in Nordenstadt

VOLKSBILDUNGSWERK NORDENSTADT ?

Im jährlichen Wechsel wird am letzten August Wochenende die "Norschter Kerb" von einem anderen Verein aus Nordenstadt ausgerichtet. In diesem Jahr ist die Freiwillige Feuerwehr an der Reihe. Die Florianijünger haben viel Mühe in die Vorbereitungen gesteckt und ein Programm erstellt, das wohl allen gerecht wird. Zu den Veranstaltungen lädt die Wehrführung alle Bürger herzlich ein.

Auf Initiative der Wiesbadener Volkshochschule traf sich eine Gruppe Nordenstädter, um über die Gründung eines Volksbildungswerkes zu beraten. Versuche, die bis zum Jahr 1977 zurückgehen, in Nordenstadt ein eigenes Volksbildungswerk zu gründen, scheiterten bisher, weil in Erbenheim ein solches besteht und auch für Nordenstadt zuständig ist. Die Kurse des VBW-Erbenheim wurden allerdings in der letzten Zeit überwiegend von Nordenstädter besucht. Das VBW-Erbenheim soll nun aufgelöst und stattdessen in Nordenstadt eine Neugründung vorgenommen werden. Das vorbereitende Gespräch, das unter der Leitung des Nordenstädter Ortsvorstehers stattfand, führte zu dem Ergebnis, daß es wünschenswert ist, die Neugründung nicht nur auf das Gebiet von Nordenstadt zu beschränken. Die umliegenden Wiesbadener Stadtteile sollen zur Mitarbeit aufgefordert werden. Unter der Federführung unseres Redaktionsmitgliedes Werner Wahler wird ein Satzungsentwurf erarbeitet, der als Grundlage für die Gründungsversammlung dienen soll. Die Gründungsversammlung soll so rechtzeitig erfolgen, daß mit den ersten Kursen im Januar/Februar 85 begonnen werden kann.

Das Kerbeprogramm beginnt bereits am Freitag, dem 24. August um 19.30 Uhr mit dem Fackelzug, der vom Fanfarenzug der FFN begleitet wird. Die Aufstellung erfolgt in der Turmstraße. Von dort aus geht es über die Stolberger Straße und Heerstraße zur Taunushalle. Parallel zum Fackelzug beginnt in der Taunushalle um 19.30 Uhr die SUPERDISCO der FFN mit der Wahl des Super-Disco-Girls 84. Der Kerbesamstag steht ganz im Zeichen des "KERBETANZES" in der Taunushalle. Beginn ist um 19.30 Uhr, die Eintrittskarte gilt als Los für die Verlosung des Kerbehimmels am Sonntag gegen 16.30 Uhr. Der Sonntag steht ganz im Zeichen des Kerbezuges, an dem sich alle Nordenstädter Vereine beteiligen. Der Kerbezug, der in diesem Jahr unter dem Motto "DIE LÄNDER DER EG" steht, beginnt um 13.30 Uhr und geht am Westring beginnend über die Heer-

straße, Junkernstraße, Robert-Stolz-Straße, Oberpfortstraße, Holzweg, Borkestraße, Breckenheimer Weg, Hunsrückstraße und Stolbergerstraße zum alten Nordenstädter Rathaus. Hier wird auch die Kerberede gehalten. Von dort geht es durch die Heerstraße zurück zur Taunushalle. Dort beginnt um 15.30 Uhr das Freundschaftsspielen der am Kerbezug beteiligten Musikzüge. Wie schon erwähnt, wird im Anschluß an das Freundschaftsspielen der Kerbehimmel verlost. Nach der Verlosung spielt die Kapelle "WEEKEND-EXPRESS", die auch schon am Samstag für Unterhaltung gesorgt hatte, zum Kerbe-Sonntags-Tanz auf. Die Kerb 84 klingt am Montag mit dem traditionellen Frühschoppen um 9.30 Uhr in der Taunushalle aus. Bei Wein, Bier und "Haspel mit Sauerkraut" findet auch die Verlosung des Kerbebaumes statt. HPF/WSP



Auf dem Bolzplatz an der TAUNUSHALLE.

SPIELANGEBOTE:

Nagelbalken, Büchsenwerfen
Eierlaufen, Sackhüpfen
Sonntagsmaler
Wurstschnappen
Luftballonspießen

ÜBERALL SIND KLEINE PREISE ZU GEWINNEN!
Für Hungerige und Durstige wird gesorgt!

Alle Kinder und deren Eltern sind herzlich eingeladen!!

SPD zeigt, wie Städte, Gemeinden und Unternehmen mehr für den Umweltschutz tun können:

200.000 neue Arbeitsplätze und eine gesündere Umwelt!

Chlornitrobenzol im Rhein, Phosphate im Bodensee, Nitrate im Trinkwasser, Öl in der Nordsee, Östrogen im Kalbfleisch, Dioxin auf der Müllkippe. Der Wald stirbt, Babies bekommen Pseudo-Krupp . . . – das alles liest sich, als käme es aus einem düsteren Zukunftsroman. Dabei ist es Wirklichkeit: Wir sind dabei, unsere eigenen Lebensgrundlagen zu vernichten.

Im Bereich des Umweltschutzes gibt es viel zu tun. Und es gibt weit mehr als zwei Millionen Arbeitslose, die zur Untätigkeit verurteilt sind. Wie Umweltschutz und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter einen Hut gebracht werden können, hat die SPD-Bundestagsfraktion aufgezeigt: Mehr Umweltschutz könnte 200.000 neue Arbeitsplätze schaffen, wenn der SPD-Vorschlag für ein „Sondervermögen Arbeit und Umwelt“ umgesetzt wird. Ein Sondervermögen „funktioniert“ so: Durch einen kleinen Aufschlag auf Strom, Öl und Gas – der einen Haushalt je nach Einkommen mit 4,50 bis 10,50 DM im Monat belastet – kommen rund 4,7 Milliarden Mark in die Staatskasse. Aus diesem „Topf“ können Städte, Gemeinden und Unternehmen Zinsbeihilfen und nichtrückzahlbare Zuschüsse für Investitionen bekommen, die dem Umweltschutz dienen; für den Bau oder Ausbau von Kläran-

lagen, für Lärmschutzmaßnahmen, für die Sanierung von Müllkippen und den Bau neuer Müllverwertungsanlagen zum Beispiel. Rund 18 Milliarden Mark im Jahr können so mobilisiert werden und es entstehen neue Arbeitsplätze in einem zukunftsträchtigen Zweig. Wichtig ist dabei, daß das Geld den „Zählern“ unmittelbar nützt. Viele kleine Projekte verbessern das eigene Lebensumfeld und bringen heimischen Unternehmen Aufträge. Der SPD-Vorschlag soll auch der konservativen Bundesregierung den Weg weisen, die zum Umweltschutz und zur Arbeitslosigkeit zwar viele Sonntagsreden hält, jedoch nicht handelt. Die Sozialdemokraten beweisen: Es gibt keine Alternative zur Industriegesellschaft, aber es gibt Alternativen in ihr.

Quellbäche saurer als Apfelsinen

Bäche, Flüsse und Seen werden nicht nur durch Abwässer vergiftet. Klares Quellwasser – bisher sprichwörtlich für Sauberkeit – ist in vielen Bereichen der Bundesrepublik bereits so belastet daß Fische darin eingehen. Jetzt haben Forscher herausgefunden: Selbst Quellbäche in großen Naturschutzgebieten spülen zu bestimmten Jahreszeiten eine Flüssigkeit aus, die so sauer wie Essig ist. Die Wissenschaftler Schoen, Krieger und Wright haben im Frühjahr 1983 an 63 Stellen in verschiedenen Mittelgebirgen Wasserproben untersucht. Die jetzt veröffentlichten Ergebnisse alarmieren: Die Quellen in Hunsrück, Taunus, Odenwald, Solling, Harz und im Kaufunger Wald zeigen die höchsten Säuregehalte. Im Schwarzwald und im Byerischen Wald wurden bessere Werte gemessen, aber immerhin fand sich im Wasser mehr Säure als in Apfelsinen. Die Erklärung der Wissenschaftler: Der saure Regen, der in den Hinterhöfen der Industrie-



Endlich wird etwas gegen den sauren Regen unternommen!

gebiete niedergeht, wird nicht mehr vom Boden ausreichend gefiltert oder „gepuffert“. An vielen, besonders den kalkarmen Stellen, sind die Böden inzwischen erschöpft und brechen wie überlastete Kaffeefiltertüten. Eine Menge Giftstoffe wird aber gar nicht erst ausgespült, sondern wandert ins Grundwasser, aus dem weite Bereiche der Bundesrepublik ihr Trinkwasser beziehen. Professor Dr. Bernd Heydemann von der Universität Kiel warnt: „Der Boden wurde bisher als Stiefkind der Umweltvorsorge behandelt, zumal er die ihm zugebrachten Gifte so gut verstecken konnte.“ Die Ökologen fordern mit aller Dringlichkeit von Parteien und Regierungen, daß schnell und nachhaltig gehandelt wird. Professor Heydemann: „Ein Bodenvorsorge- und Sanierungsprogramm ist die Voraussetzung zur Erhaltung dieses Lebenssystems. Mensch und Natur haben nur mir gesundem Boden eine sichere Zukunft.“

Müll ist nicht immer Abfall

Müll belastet unsere Umwelt. Aber vieles läßt sich auch wieder verwenden und sollte deshalb nicht einfach weggeworfen werden: Recycling ist das Zauberwort – aus Müll werden wieder neue Produkte. Oberstes Gebot dennoch bleibt: Müll vermeiden! Achten Sie zum Beispiel beim Einkaufen schon darauf, keine Produkte mit unnötigen Verpackungen, keine Plastiktüten usw. mitzunehmen. Und Mehrwegflaschen sind besser als Einwegflaschen.



ZELTLAGER DER FALKEN AUF DEM BELGER KOPF

Dieses Jahr fuhr eine Gruppe Nordenstadter Falken mit in das große Sommerlager auf dem Belger Kopf bei Kaufungen in Nordhessen. Drei Wochen Sonnenschein hatten wir uns gewünscht, aber es wurden fast drei Wochen Regen und kühles Wetter. Trotzdem konnte das Programm an Ausflügen und Spielen mit guter Laune und viel Spaß durchgeführt werden. Bedingt durch das Wetter fanden sich schnell neue Neigungsgruppen zusammen: z.B. Stege und Brücken bauen, damit wir trockenen Fußes vom Lagerplatz zum Haus gehen konnten, oder Gräben ziehen, damit unsere Zelte auf trockenen Inseln stehen konnten. Hier ein Beispiel aus der Lagerzeitung, das einen Tag in der ersten Woche beschreibt:

„Es regnete zwar und es war kalt, aber im Falkenlager herrschte reger Betrieb. Überall wurde gehämmert, gebastelt und gemalt. Das Wetter kann Falken nun wirk-



lich nichts anhaben. Und dann, am Montagnachmittag, bekamen die Falken Besuch. Plötzlich war er da, richtig gekleidet für das schlechte Wetter: HOLGER BÖRNER, Ministerpräsident von Hessen und SPD-Vorsitzender von Hessen. Wir hörten, daß er das Haus am Belger Kopf selbst mitgebaut hat und den Zeltplatz später den Falken geschenkt hat.

Der Besuch schaute sich das Lager an. Dann schaute er im Essenszelt beim Spielenachmittag zu. Hedi begrüßte den prominenten Gast und nachdem er Fragen der Kinder beantwortet hatte, wurde gemeinsam gesungen. Alte Falkenlieder erklangen aus über hundert Kehlen und man merkte, daß HOLGER BÖRNER ein Falke ist; er kannte alle Texte." GW

150 „Fußballplätze“ Landschaftsverlust pro Tag!

Vom Häuschen „im Grünen“ träumen viele: Aber aus diesem Traum kann schnell ein Alptraum werden, wenn Städte und Gemeinden nicht mir vernünftiger Bebauungsplanung Landschaftszersiedelung verhindern. Im vergangenen Jahrzehnt ist im Vergleich zur Wohnbevölkerung die Siedlungsfläche überproportional gewachsen. Im Fünfjahresdurchschnitt hat sie sich täglich um rund 113 Hektar vergrößert. Dies entspricht einem Landschaftsverlust in der Größenordnung von 150 Fußballplätzen pro Tag. In den Großstädten ist oft der besiedelte Anteil schon mehr als 50 Prozent der gesamten Fläche. Ziel muß sein, den Landschaftsverbrauch zum Beispiel durch neue Bauformen zu verringern und zu einer ökologisch orientierten Regionalplanung zu kommen.



Keine Reaktivierung des Erbenheimer Flugplatzes

RECHTSHILFEFONDS

Dieser Ausgabe der NN liegt ein Aufruf der Bürgerinitiative "Keine Reaktivierung des Erbenheimer Flugplatzes" bei.

In der Zwischenzeit ist der Betrag auf rund 14.000 Mark angewachsen, der für die Klagen gegen die Reaktivierung des Flugplatzes bestimmt ist. Zur finanziellen Absicherung der Klagen ist nach Auffassung der Bürgerinitiative ein Betrag von über 20.000 Mark erforderlich.

Die Redaktion der NN bittet die Bürger Nordenstadts um Unterstützung der Bürgerinitiative durch den Beitritt zum Rechtshilfefond.

STRUKTURANALYSE NORDENSTADT - MITTE

Zur Kommunalwahl 81 trat die SPD-Nordenstadt mit der Forderung an, den alten Ortskern von Nordenstadt zu erhalten und die bestehende bauliche Situation durch einen Bebauungsplan festzuschreiben.

Viele Neu-Nordenstädter werden nicht wissen, daß Alt-Nordenstadt der einzige Teil Nordenstadts ist, für den bisher kein Bebauungsplan erstellt wurde und es deshalb in den letzten Jahren immer wieder zu Auswüchsen kam, mit denen sich der Ortsbeirat beschäftigen mußte.

Natürlich bedeutet ein Bebauungsplan mehr Bürokratie. Auf der anderen Seite wird aber klar festgeschrieben, was und wie gebaut werden darf. Dies bringt mehr Rechtssicherheit und bedeutet für die Anwohner auch mehr Schutz vor der Zerstörung ihrer Umgebung.

Hier nur ein kleines Beispiel um zu verdeutlichen, was die SPD mit ihrem, gegen den erbitterten Widerstand der CDU, im Ortsbeirat beschlossenen Antrag, einen Bebauungsplan zu erstellen, bezwecken will und weshalb das Stadtentwicklungsdezernat jetzt Untersuchungen anstellt.

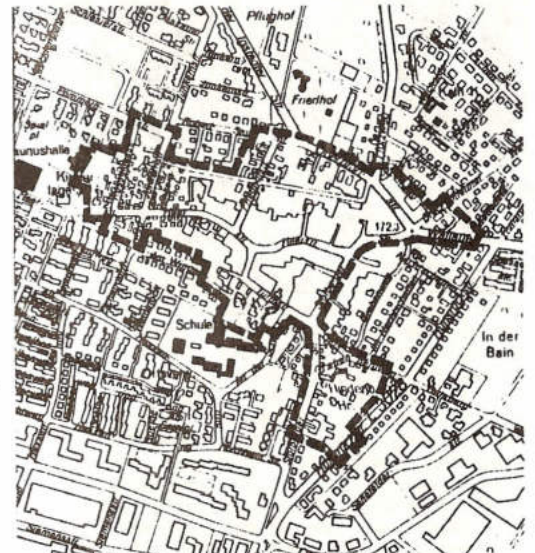
Ausgangssituation ist ein Bauernhof mit Stallungen, häßlich und baufällig. Hier lebten einmal fünf Personen mit Vieh, Traktor und einem PKW. Der Bauernhof wird abgerissen und es entsteht ein Haus mit zwölf Eigentumswohnungen. Das Haus ist zwar schöner, hat aber einen Nachteil. Hier werden mindestens zwanzig Menschen wohnen und mindestens zehn Autos Parkplatz beanspruchen. Sechs Garagen sind erstellt, weitere Abstellplätze auf dem Hof ausgewiesen. Trotzdem werden Autos auf der Straße abgestellt werden. Die Straßen im alten Ortskern sind aber sehr schmal.

Da nicht anzunehmen ist, daß unser Beispielhaus das einzige, so entstandene, bleiben wird, denn ein Präzedenzfall ist geschaffen, weitere Bauwillige werden sich darauf berufen können, ist der Kollaps des Ortskerns durch eine nicht mehr zu stoppende Bauungs- und Bevölkerungsverdichtung vorprogrammiert.

Die Sozialstruktur ändert sich und die Nutzungsvielfalt des historisch gewachs-

enen Ortskerns wird immer einseitiger zu reinen Wohnzwecken umgewidmet. Seit Generationen ansässige Landwirte und andere Gewerbetreibende werden weichen, müde des ständigen Ärgers mit den neuen Nachbarn wegen des Misthaufens auf dem Hof, der so unangenehm riecht, oder wegen des entstehenden Lärms.

Es gibt natürlich auch noch andere Gründe, weshalb ein Bauherr lieber im alten Ortskern einen Bauernhof abreißt, um dort ein Wohnhaus zu errichten. Das würde aber den Rahmen sprengen.



--- Abgrenzung des Untersuchungsgebietes

Die Redaktion der NN und die SPD-Nordenstadt bittet die Bewohner des alten Ortskerns, den Mitarbeitern des Stadtentwicklungsdezernates bei ihren umfangreichen Untersuchungen behilflich zu sein.

Nach Abschluß der Bestandsaufnahmen und während des weiteren Verfahrens sollen die Bürger in Verbindung mit dem Ortsbeirat durch Ausstellungen und Bürgerversammlungen über die Arbeiten informiert werden und an der weiteren Planung beteiligt werden. WSP

Einladung an alle Nordenstädter zum:



Nordenstadt-Gespräch

am Mittwoch, dem 2. Sept. 1984, 20 Uhr

Restaurant Wiesengrund

mit: **Jörg Bourgett**

Leiter des Jugendamtes

"Jugendhaus Nordenstadt"



WANN KOMMT VERSPROCHENE VERKEHRSENTLASTUNG FÜR NORDENSTADT ?

"Energisch wird sich die CDU einsetzen, um hier eine Besserung (Anm. d. Red.: Aussage bezieht sich auf die starke Verkehrsbelastung Nordenstadts) zu schaffen und, wie bei der Kommunalwahl versprochen, wird die Anbindung des Westrings an die Erbenheimer- und Igstadter Straße vordringlichstes Ziel hierbei sein.....bei der Straßenanbindung des Westrings geht jetzt plötzlich etwas, was über 10 Jahre bei der SPD unmöglich war....(Originalizität). Diese Worte der ehemaligen CDU-Stadtverordneten Barbara Förster, zur damaligen Zeit aussichtsreichste Kandidatin für den Posten des Stadtentwicklungsdezernenten, klingen mir immer im Ohr, wenn mich ein Nordenstädter Bürger fragt, wann denn etwas für die Verkehrs-entlastung getan werde. Ich vergaß ja noch zu erwähnen, daß dieser Ausspruch im Jahr 1977 gemacht wurde, genauer gesagt am 28. Juni 77 im Anschluß an eine Ortsbegehung.

Zur Kommunalwahl 1981 versprochen alle Parteien, für eine Verkehrsberuhigung zu sorgen. Die bestehenden Bürgerinitiativen wurden beruhigt, die Bürger vertrauten den Politikern.

Jetzt schreiben wir das Jahr 1984 und nichts hat sich getan. Der Westring-Anschluß ist in weiterer Ferne als jemals zuvor.

Was bleibt zu tun?

Ich will hier niemanden zum Ungehorsam aufrufen, aber es muß endlich mehr Druck gemacht werden. Die Parteien, die Vertreter im Ortsbeirat, die Stadtverordneten und die zuständigen Ämter müssen ständig auf diesen Mißstand hingewiesen werden.

Viele Bürger haben am Hessenring Häuser gekauft, weil sie darauf vertrauten, daß dies ein ruhiges Gebiet ist und weil der Erschließungsverkehr über die Erbenheimer Straße und die Westring-Erweiterung fließen sollte.

So auf jeden Fall sah es die Planung der Gemeinde Nordenstadt vor. Diese Planung, die auch Bestandteil der

Eingemeindungsverträge ist, sah auch die Verkehrsberuhigung des Ortskerns durch Ausbau und Verlängerung des Ost-rings vor.

Die ehemalige Gemeinde Nordenstadt hat alle erforderlichen Umgehungsstraßen geplant, Wiesbaden hat sich verpflichtet sie zu bauen. Dem vom Lärm geplagten Mitbürger sei aber ein Tip gegeben. Der Klageweg gegen die Stadt Wiesbaden ist noch nicht genutzt. Für Hauseigentümer liegt nämlich in vielen Fällen eine Eigentumsbeschränkung bzw. Teilent-eignung durch Unterlassung vor. WSP

JUGENDHAUS NORDENSTADT

Schon wieder sind einige Monate ver-gangen, ohne daß sich erkennbar ein Fortschritt für das Nordenstädter Jugendhaus bemerkbar gemacht hat. Sowohl ein Plan für den Um- und Aus-bau, als auch ein Satzungsentwurf für den Trägerverein liegen seit Monaten auf dem Tisch. An diesem Satzungsentwurf scheinen sich die Geister jedoch zu scheiden. Der Leiter des Jugendamtes Jörg Bour-gett jedenfalls meldet Bedenken gegen eine Konstruktion an, bei der neben Vereinen auch die Lan-deshauptstadt Wiesbaden beteiligt ist.

Das nächste "Nordenstadt-Gespräch" soll die Gründe aufhellen, die zu der Ablehnung des Satzungsentwurfs durch den Leiter des Jugendamtes führten.

KOMMUNALWAHL 85

Um die Kommunalwahl 1985 ging es beim Nominierungsparteitag der SPD-Wiesba-den am 6. und 7. Juli 84 im Delkenhei-mer Bürgerhaus. Das Wahl- oder besser gesagt, Regierungsprogramm der SPD wur-de verabschiedet.

Arbeit und sozialer Frieden sind die beiden Pfeiler des Programmes. Achim Exner, Erika Fleuren, Hans Maus und Günter Retzlaff stellen sich am 10. März 85 als Spitzenkandidaten dem Wäh-ler und kämpfen um die Mehrheit. Mit Paul Hüllenhütter, dem Nordenstäd-ter SPD-Vorsitzenden, kam auch ein Nor-denstädter auf einen aussichtsreichen Platz der Kandidatenliste für die Stadt-verordnetenversammlung. Hüllenhütter war im Januar von der Mitgliederver-sammlung der SPD-Nordenstadt fast ein-stimmig als Kandidat vorgeschlagen worden.

Als erfreulich ist zu verzeichnen, daß auf den aussichtsreichen Plätzen über 25 Prozent Frauen zu finden sind. WSP

Termine... Termine... Te

- 24.-27. August 84
NORDENSTÄDTER KERB der FFN
- 02. September 84
KINDERFEST der SPD auf dem Bolzplatz, ab 14 Uhr
- 01.-02. September 84
HALLENHANDBALLTURNIER des TuS-Nordenstadt, Taunushalle
- 04. September 84
SPRECHSTUNDE der NORDEN-STADT-NACHRICHTEN, Sitzungs-zimmer (1.Stock) Gemeindezen-trum, von 18-19 Uhr
- 05. September 84
NORDENSTADT-GESPRÄCH in der Gaststätte "Wiesengrund", 20 Uhr, siehe Einladung auf der 3. Seite
- 08.-09. September 84
HALLENHANDBALLTURNIER des TuS-Nordenstadt, Taunushalle
- 13./27. September 84
INFO-ABEND der Bürgerinitia-tive gegen die Hubschrauber-stationierung, Sitzungszim-mer, Gemeindezentrum, 20 Uhr, (dieser Info-Abend wird ab so-fort jeden zweiten Donnerstag am gleichen Ort abgehalten)
- 29. September 84
JUGEND-DISCO des TuS in der Taunushalle, 19.30 Uhr
- 30. September 84
ERNTE-DANKFEST des Landfrauen-vereins und Ortsbauernver-bandes, Gemeindezentrum

WILLI LANGE GESTORBEN

Die SPD-Nordenstadt trauert um Willi Lange, der Anfang Juli im Alter von 72 Jahren verstarb.

Willi Lange, der sein Leben der Gewerkschaftsbewegung verschrieben hatte, war fast 50 Jahre aktiver Gewerkschafter und gehörte seit 36 Jahren der Sozialdemokratischen-Partei-Deutschlands und der Ar-beiterwohlfahrt als aktives Mitglied an.

Willi Lange hat sich bleibende Verdienste erworben.

WSP

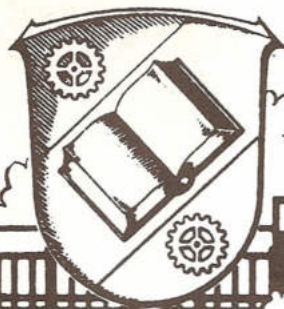
IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7

Redaktion:

Katrin Kiehne, Goethering 26
Werner Wahler, Pommernstraße 45
Eigendruck



Nordenstadt-Nachrichten

8. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

November/Dezember 1984

NORDENSTÄDTER ORTSBEGEHUNG

— SPD informiert sich bei Ortsbegehung —



Tja, die Umgehungsstraße war auch bei der Ortsbegehung, die die SPD Nordenstadt am vergangenen Wochenende veranstaltete, das Hauptthema. Stimmt es nun, daß eine Umgehungsstraße nur mit der gleichzeitigen Ausweitung des Gewerbegebietes zu erreichen ist? Oder wäre es auch möglich, eine solche Straße ohne weiteres Gewerbegebiet zu erreichen? Hier muß sicher noch einmal etwas ausführlicher diskutiert und überlegt werden. Denn eine Ausweitung des Gewerbegebietes zieht sicher sehr bald auch eine Ausweitung von Wohnflächen nach sich. Aber es ist sinnvoll, daß am konkreten Beispiel, heute nennt man das meistens "vor Ort", diese Fragen diskutiert werden. Dazu waren sowohl der Fraktionsvorsitzende der SPD, Günter Retzlaff, als auch die Ausschußvorsitzenden Wilfried Ries (Umwelt), Dieter Berlitz (Planung- und Verkehr) bzw. Ausschußmitglieder Klaus Bensberg (Freizeit- und Sport) wie Dieter Horschler (Finanz- und Wirtschaft) nach Nordenstadt gekommen, um gemeinsam mit den SPD-Ortsbeiratskandidaten aus Nordenstadt und Vertretern der Landwirte und Vereine die Probleme Nordenstadts zu diskutieren.

Die nach der Ortsbegehung stattfindende Diskussion brachte dann auch noch andere Fragen auf die Tagesordnung: Was

passiert mit dem alten Ortskern in Nordenstadt? Wie kann man den Verfall einzelner Häuser im Ortskern verhindern? Wieso war das Ziel, einen Bebauungsplan für den alten Ortsbereich zu erstellen, nicht erfolgreich?

Sicher ist, daß noch viel Arbeit auf unsere Kommunalpolitiker wartet, um für

Nordenstadt zu erreichen, daß es nicht zu einer Schlafstätte für den Großraum Frankfurt-Wiesbaden abgeleitet, sondern zu einem Stadtteil mit liebenswertem Eigenleben sich entwickeln kann. Dazu brauchen die Kommunalpolitiker allerdings auch die Mithilfe der Bürger, in deren Interesse sie sich ja engagieren sollten.

kk



ORTSBEIRATSKANDIDATEN NOMINIERT

Neuer Streit um den Westring?

Im Rahmen einer gut besuchten Mitgliederversammlung hat der Ortsverein der SPD-Nordenstadt sein Programm für die Kommunalwahl im März 1985 verabschiedet und im Anschluß daran seine Kandidaten für diese Wahl nominiert. Schwerpunkte des Programms sind der Umweltschutz, die Verbesserung der Lebensqualität, Verkehrsberuhigung im innerörtlichen Bereich sowie die Ablehnung einer Reaktivierung des Erbenheimer Flugplatzes sowie ein wohnortnahes Schulangebot für alle Bildungswege. Die Kandidaten auf den ersten acht Plätzen wurden mit großer Mehrheit gewählt. Es sind dies: Paul Hüllenhütter, Dr. Siegfried Brill, Elke Spiekermann, Horst Lottig, Nils Jensen, Dr. Adolf Roth, Annemone Lux und Anita Hebenstreit.

KK

Den Nordenstädtern scheint der Stoff zum kommunalpolitischen Streit und Ärger nicht ausgehen zu können; denn schließlich haben wir den Westring! Daß er nach der Eingemeindung (1977) unfertig, häßlich und staubverbreitend liegenblieb, war ärgerlich. Heftiger Streit entzündete sich an der Frage, ob und wie er weitergeführt werden sollte. Der Plan, ihn in eine westliche "Umgehung" umzufunktionieren - von der Straße nach Medenbach/Breckenheim bis zu einem neuen Autobahnan-schluß im Westen Nordenstadts - führte zu heftigen Bürgerprotesten, die im Ergebnis auch erfolgreich waren. Der Streit wiederum schuf die Unsicherheit, die die Verantwortlichen zögern ließ, den vorhandenen Westring endlich fertigzustellen. Nun ist der Ausbau erfolgt. Das Konzept, das die SPD vertreten und den

Bürgern zur Diskussion vorgelegt hat, ist im großen und ganzen auf dem Weg über Ortsbeiratsbeschlüsse verwirklicht worden: geringere Fahrbahnbreite, Gehwege und Grünbereiche auf beiden Seiten; kein Mittelgrünstreifen, der die Straße zerschnitten hätte. Die Kreisel anstelle einfacher Kreuzungen, von den Verkehrsplanern vorgeschlagen, haben wir als sinnvolle Verbesserung des Gesamtkonzepts begrüßt; der Ortsbeirat hat dem einmütig zugestimmt. Man kann sich wohl vorstellen, daß aus dem lange Zeit so häßlichen Westring mit dem Aufwuchs der Bäume und des sonstigen Grüns sogar eine recht schöne, das Ortsbild ansprechend gestaltende Straße wird.

Doch schon ist Kritik zu hören. Sie richtet sich gegen den Kreisverkehr; von Hindernissen, gar von Schikanen ist die Rede. Dagegen ist mit aller Deutlich-



VERBESSERUNG DER AUSBILDUNG NOTWENDIG

Der Wirtschaftsminister zu Besuch in Nordenstadt

Auf Einladung der SPD-Ortsvereine Delkenheim und Nordenstadt kam der neue hessische Wirtschaftsminister, Dr. Ulrich STEGER, nach Nordenstadt, um mit Bürgern über die Wirtschaftspolitik in unserem Land zu diskutieren.

Schwerpunkt seiner Ausführungen war dabei auch das Problem der Massenarbeitslosigkeit. Da sich in nächster Zukunft keine Veränderung dieser hohen Arbeitslosenzahlen abzeichnet, müsse man verstärkt beschäftigungspolitische Maßnahmen ergreifen. Dabei gibt es nach Ansicht des Wirtschaftsministers überhaupt keinen Widerspruch zwischen den Maßnahmen des Umweltschutzes und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Ganz im Gegenteil: man müsse sich nur die entsprechenden Technologien zunutze machen, um andere Arbeitsfelder zu erschließen. Allerdings, so Steger, müssen solche Überlegungen auf allen Ebenen angestellt werden (Bund, Land und Kommune) und das Thema der Arbeitszeitverkürzung könne dabei auch nicht außer Acht gelassen werden. Da in den letzten Jahren durch den technologischen Wandel ein rapider Abbau von Arbeitsplätzen erfolgte, müsse besonderes

Schwergewicht auf die höhere Qualifizierung der Arbeitsplätze gelegt werden. Hier müsse insbesondere der Ausbau der überbetrieblichen Ausbildungskapazitäten, die Anpassung der Ausstattung von Bildungseinrichtungen an die Vermittlung von Bildungsinhalten für neue Technologien und die ständige Verbesserung der Förderung der überbetrieblichen Unterweisungs- und Schulungslehrgänge vorangetrieben werden.

Um allerdings die komplexen Zukunftsprobleme lösen zu können sind auch höhere Anforderungen an die unternehmerischen Entscheidungen gestellt. Hier kann man über gezielte Zuschüsse das Beratungsangebot der gewerblichen Wirtschaft und ihrer Institutionen verbessern und die Inanspruchnahme erleichtern. Minister Steger sieht deshalb in der Förderung zukunftsorientierter Beratungshilfen einen weiteren Schwerpunkt der Mittelförderung.

In der anschließenden Diskussion spielten dann jedoch eher die ortsbezogenen Themen wieder eine Rolle. So war am begehrtesten zu wissen, wann den nun die Umgehungsstraße in Delkenheim endlich gebaut werde und ob man schon bald mit einer verbesserten Autobahnauffahrt in Nordenstadt rechnen könne.

Auch zu diesen beiden Punkten konnte der

Minister Auskunft geben. In Delkenheim wird voraussichtlich noch Mitte Dezember mit dem Bau der Umgehungsstraße begonnen. Schwieriger wird es da schon mit einem verbesserten Autobahnanschluß für Nordenstadt. Der Planfeststellungsbeschluß für die A 66 ist wohl nur eingeleitet. Dies ist auch erforderlich, um überhaupt einmal alle Meinungen zu dem Ausbau der Autobahn schriftlich zu bekommen. Denn zur Zeit gibt es immer noch das Junktim des Bundesverkehrsministers, daß eine Änderung der Autobahnauffahrt nur in Verbindung mit einer Verbreiterung der A 66 erfolgen kann. Nach Auskunft von Ulrich Steger gibt es allerdings sehr wohl die Möglichkeit, im Vorgriff auf einen solchen Ausbau (der ohnehin erst in den 90er Jahren erfolgen könnte) Verbesserungen zu erreichen - dies gilt nicht nur für eine verbesserte Auf- bzw. Abfahrt, sondern auch für einen möglichen Lärmschutzwall(oder -wald)!

Alles in allem eine interessante Veranstaltung. Schade nur, daß so wenig eingeladene hier ansässige Unternehmer die Gelegenheit nutzten, sich sozusagen aus "erster Hand" über ihre Möglichkeiten zu informieren bzw. evtl. auch die Gelegenheit zu nutzen, ihre Kritik an den richtigen Mann zu bringen.

kk

Neuer Streit um den Westring?

keit zu sagen, daß diese Kritik einer objektiven Betrachtung nicht standhalten kann. Wer sich an die Verkehrsregeln hält, ans innerörtliche Tempolimit 50, kann den Westring zügig, sicher und unbehindert befahren. Daß weniger gerast wird als früher, ist eine Tatsache, ein erfreulicher Erfolg des Ausbaus. Die Fußgängerüberwege sorgen für zusätzliche Sicherheit. Das Argument, wegen der Kreisel würden Autofahrer nun den Westring meiden und andere Straße belasten, ist so absurd, daß sich eine Auseinandersetzung damit gar nicht lohnt. Gravierender ist, daß der Streit um die Weiterführung des Westrings neu aufzuleben droht. Der in jahrelanger Arbeit im Ortsbeirat gefundene Kompromiß, der mehrfach in öffentlichen Sitzungen erörtert und in den NORDENSTADT NACHRICHTEN publiziert wurde, ist plötzlich wieder ins Gerede gekommen. Nach diesem Kompromiß soll der Autobahnanschluß dort bleiben, wo er heute ist; der Westring soll über die Kreisstraße nach Erbenheim hinaus verlängert und zu diesem Anschluß geführt werden; im Norden ist ein Durchstich zur Igstadter Straße vorgesehen. Damit würde das Gebiet um den Hessenring entlastet; eine Mehrbelastung des Westrings ist kaum zu befürchten, da er ja auch heute schon über die Oppelner Straße mit der Igstadter Straße verbunden ist. Diese Planung ist etwas grundsätzlich anderes als die alte und mit Recht bekämpfte Idee, den Westring an die Straße nach Medenbach anzuschließen und einen Autobahnanschluß im Westen zu bauen.

Die "Bürgerinitiative Westring", die sich an der Erarbeitung des Kompromisses nicht beteiligt hat, sieht dies anders. Ihre heftige und zum Teil mit falschen Zeichnungen und Zahlen operierende Reaktion hat prompt zu ebenso heftigen Reaktionen aus dem alten Ortskern geführt. Und hierin liegt die Gefahr, daß es statt zu einer ernsthaften Diskussion über den heutigen Planungsstand zu einer Konfrontation "Altbürger" - "Neubürger" kommt. Womit keinem gedient wäre; es sei denn, wir bräuchten den Westring als Dauerstreitpunkt! Uns scheint jedoch, daß es da noch andere nicht minder wichtige kommunalpolitische Probleme gibt, die wir lösen müssen.

S.B.



Der hessische Wirtschaftsminister, Dr. Ulrich STEGER, im Gespräch mit den beiden SPD-Ortsvereinsvorsitzenden - Regina Maaß (Delkenheim) und Paul Hüllenhütter (Nordenstadt)

Keine Fortschritte bei Hausnumerierung

Leider hat sich an der katastrophalen Numerierung einiger Strassen in Nordenstadt noch nichts geändert. Immer noch gibt es erhebliche Probleme, bestimmte Nordenstädter Haushalte zu finden. Selbst ein in Nordenstadt niedergelassener Arzt benötigte nach seinen eigenen Angaben zum Auffinden eines Hauses im Lessingweg fast eine halbe Stunde. Welche Schwierigkeiten müssen dann erst Ortsfremde haben, hier bestimmte Adressen zu finden? Wie wirkt sich das im Ernstfall auf dringend benötigte Notdienste aus? Wer trägt die Verantwortung für vermeidbare Verzögerungen? Wir meinen, hier muß schnell und unbürokratisch Abhilfe geschaffen werden. Für einen umfassenden Überblick benötigen wir aber die Mitarbeit aller Nordenstädter. Bitte teilen Sie uns mit, wenn auch Sie Betroffener sind. Wir werden uns um eine Lösung bemühen.

wih

Hobby-Künstler-Markt

Er ist schon eine feste Einrichtung geworden: der bereits zum vierten Male stattgefundene HOBBY- und KÜNSTLER-Markt in Nordenstadt. Martina Hippmann hatte auch dieses Jahr Hobby-Künstler aus der Umgebung eingeladen, ihre Kunstwerke an zahlreichen Ständen und Tischen zu zeigen. Die Besucher konnten nicht nur viele Anregungen für die eigene Bastellei mit nach Hause nehmen, sie konnten auch viele kunstvoll angefertigte Geschenke erstehen. Im großen Saal des Gemeindezentrums, den die Ortsverwaltung gegen eine Anerkennungsgeldgebühr den Hobby-Künstlern überlassen hatte, waren Puppen, Keramik, Zeichnungen und Gemälde, Batik- und Salzteigarbeiten, Makramée, Seidenmalerei und Trockenblumenarbeiten angeboten. Besonders interessant war die Vorführung eines Glasbläasers. Eine gelungene Veranstaltung, auf die wir uns auch im nächsten Jahr wieder freuen können.

E.Sp.

Wohin mit dem Gartenabfall?

Haben Sie im November Ihren Garten auch winterfest gemacht? Anschließend standen Sie sicher auch vor einem riesigen Haufen Grünabfällen. Sicherlich haben Sie in diesem Augenblick an eine Zerkleinerungsmaschine und einen eigenen Komposthaufen gedacht. Davon abgesehen, daß so eine Maschine Geld kostet, der Platz für einen Komposthaufen ist in vielen Nordenstädter Mini-Gärten einfach nicht da.

Wohin also mit dem Abfall? Man kann ihn über Wochen hinweg teilweise in die Mülltonne werfen, denn die ist ja nie ganz voll, weil man neuerdings die Zeitungen und Zeitschriften sammelt und alle zwei Monate der Jugendfeuerwehr mitgibt. Die Glasflaschen wirft man ja ohnehin in die Glascontainer. Doch die Entsorgung über die Mülltonne - und das sollte jeder wissen - ist die volkswirtschaftlich teuerste Entsorgung. Wir schütten unsere Müllkippen damit voll und in ein paar Jahren sind sie voll und wir wissen nicht mehr, wohin mit dem Müll.

Die Gartenabfallproblematik war für die SPD-Nordenstadt Anlaß, einen Antrag in der letzten Ortsbeirats-Sitzung einzubringen mit dem Ziel, den Magistrat zu veranlassen, Gartenabfälle gestehungsnah zu kompostieren.

Hintergedanke dieses Antrags war, erstens einen Einstieg in die Diskussion über Abfallbeseitigung auf unterster parlamentarischer Ebene zu finden und, zweitens, die Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten am konkreten Beispiel.

Es kam dann allerdings anders als erwartet. Denn wieder einmal zeigte sich die Nordenstädter CDU in der Diskussion von ihrer typischen Seite: geistig unflexibel, egoistisch und kurzfristig buchhalterisch in ihrem Denken. Es ist sehr schade, daß sich immer nur so wenige Bürger für die Ortsbeiratssitzungen interessieren. Wäre dies anders, so glaube ich, daß die CDU am 10. März 1985 einen rabenschwarzen Tag erleben könnte!

Um es gar zu deutlich zu machen, es geht hier nicht darum, daß man nicht akzeptieren könnte, daß die CDU-Fraktion eine andere Meinung hat. Aber es wäre ja schön, wenn sie wenigstens eine politisch fundierte Meinung hätte. Wenn dann allerdings Diskussionsbeiträge kommen wie "ich habe seit 30 Jahren einen Garten und habe bisher alles im Garten verarbei-



tet", dann kann man über so viel Engstirnigkeit nur den Kopf schütteln. Ja, wie gut sind die dran, die vor 30 Jahren noch für 5.000 Mark ein 1.000 qm großes Grundstück kaufen konnten und genügend Platz für einen eigenen Komposthaufen haben. Doch was machen all die anderen? Das Kostenargument, daß mehrere Kompostieranlagen die Müllabfuhr in Wiesbaden verteuerten, ist auch zu buchhalterisch gerechnet. Was wird die Müllabfuhr erst kosten, wenn wir den Dyckerhoffbruch mit all den wiederverwertbaren Stoffen zugeschüttet haben und in zehn Jahren unseren Müll dann mit der Bahn nach Norddeutschland fahren müssen? Es sei denn, wir dürfen bis dahin den Erbenheimer Flugplatz als Mülldeponie nutzen! Eine Studie des Umweltbundesamtes zeigt auf, daß der durchschnittlich anfallende Hausmüll zu 40 Prozent aus organischen Küchen- und Gartenabfällen besteht, die kompostiert und zur Bodenverbesserung im Garten oder von der Landwirtschaft genutzt werden können. Dieser Kompost, richtig eingesetzt, kann Dünger und Torf größtenteils ersetzen. Man kann ihn also verkaufen!

Weitere 30 Prozent des Müllaufkommens

entfallen auf Papier, 12 Prozent auf Glas, 6 Prozent auf metallische Abfälle und 12 Prozent auf Kunststoffe. Papiersammlungen, Altglassammlungen und andere Aktionen zeigen, daß die Bürger gewillt sind, wertvolle Rohstoffe wieder in den Produktionskreislauf zurückzuführen. Außerdem lohnt es sich - wie die Aktionen der Freiwilligen Feuerwehr in Nordenstadt zeigen.

Es sei zum Schluß die Frage erlaubt, ob die Nordenstädter CDU-Fraktion den Unterschied zwischen reaktionärer Politik und konservativer Verpflichtung kennt? Wer so argumentiert, wie die CDU-Fraktion es im letzten Ortsbeirat getan hat, kann für sich nicht in Anspruch nehmen, Bürgerinteressen zu vertreten.

W. Sp.

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Paul Hüllenhüter, Hebbelweg 7

Redaktion:

Katrin Kiehne, Goethering 26
Eigendruck

Einladung an alle Nordenstädter zum:

Nordenstadt-Gespräch

Am Mittwoch, dem 12. Dezember 20 Uhr
Gaststätte »Wiesengrund« (Hunsrückstr. 2)

mit **Edgar Heydock**

Thema: „**Rettet den Ortskern!**“
- Stadtteilentwicklung
Nordenstadt -



Frohe Weihnachten
und ein glückliches
Neues Jahr.

11.11. Nordenstadt-
Nachrichten



Ortstelle verwaist!



11.11. - 11,11 Uhr hat's eben geschlagen und schon sind sie wieder da mit ihren Narrenkappen. Rathaus haben wir ja leider nicht mehr - aber dafür einen Ortsstellen-Leiter, den allerdings auch erst wieder (wenn's nach den Narren ginge) am Aschermittwoch. Denn bis dahin wollten sie ihn tatsächlich in Gefangenschaft nehmen. Es soll aber Leute geben, die ihn schon wieder wo auf "freiem Fuß" gesehen haben.

NORDENSTADT Aufkleber



An vielen Autos klebt er, der viereckige orange-blaue Aufkleber mit der Aufschrift "Nordenstadt". NORDENSTADT NACHRICHTEN ließ diese Aufkleber herstellen und verteilte sie Ende August an alle Nordenstädter Haushalte.

Diese Aktion sollte die öffentliche Identifizierung der Bevölkerung mit ihrer alten oder neuen Heimat Nordenstadt ermöglichen.

Nachfragen aus der Bevölkerung haben uns veranlaßt, einige hundert Aufkleber nachzudrucken, um sie zu verkaufen. Der Erlös soll der Nordenstädter Jugendarbeit zugute kommen. Die Aufkleber können zum Preis von 50 Pfennig in folgenden Lotto- und Totoannahmestellen in Nordenstadt gekauft werden:

Gerti Kasper | Das Lädchen
Junkernstraße 46 | Stolberger Str.6



ARBEITERWOHLFAHRT

Die Arbeiterwohlfahrt ist heute in einem weit größeren Maß als früher "Träger sozialer Aufgaben". In allen Arbeitsbereichen legt sie besonders Wert darauf, soziale Probleme der Gegenwart mit dem Blick auf die Zukunft zu lösen.

Auch in Nordenstadt besteht seit Mitte der zwanziger Jahre ein Ortsverein. Der Erste Vorsitzende ist zur Zeit Willi Schumacher, Hunsrückstraße 56. Der Verein hat zur Zeit 37 Mitglieder und ist dem Kreisverband Wiesbaden, Wellritzstraße 49, angeschlossen. Der Verband, als Zentralstation der Gemeinschaftshilfe, bietet nachstehende Hilfen an:

- mobiler sozialer Hilfsdienst
- häusliche Krankenpflege
- Familienpflege und Beratungen auf allen Gebieten sozialer Arbeit

Jeder Bürger, der sich zur Mitgliedschaft und damit zur Mitarbeit in der Arbeiterwohlfahrt entschließt, leistet einen persönlichen Beitrag zur Stärkung der gesellschaftlichen Solidarität. Es geht darum, den Schwachen in unserer Gesellschaft zur Seite zu stehen und damit einen Beitrag zu einer menschlicheren Gesellschaft zu leisten.

Wer sich für die Arbeit der Arbeiterwohlfahrt interessiert, kann sich beim Nordenstädter Ortsverein oder auch beim Kreisverband Wiesbaden weitere Informationen holen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn es uns gelänge, weitere Mitglieder zu bekommen.

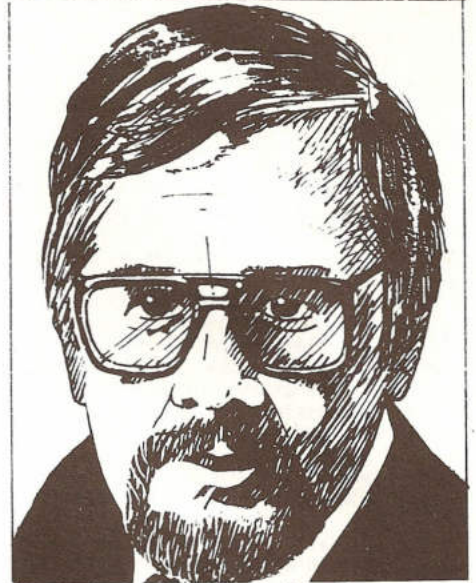
Willi Schumacher

TRADITIONELLER SENIOREN-NACHMITTAG

Auch in diesem Jahr veranstaltet die SPD Nordenstadt wieder ihren schon zur Tradition gewordenen "Advents-Nachmittag" für die Nordenstädter Senioren. Herzlich eingeladen sind alle Mitbürgerinnen und Mitbürger Nordenstadts, die das 60. Lebensjahr schon überschritten haben. Bei Kaffee, Kuchen und einem Gläschen Wein soll etwas geplaudert, gelacht und gefeiert werden. Für die entsprechende Unterhaltung und weihnachtliche Stimmung sorgen wieder einmal unsere Kinder aus der Kindergruppe der "FALKEN". Wo und wann findet das Ereignis statt? Am 8. Dezember 1984 - ab 15,30 Uhr - im großen Saal im Gemeindezentrum.

Termine

08. Dezember 1984
Seniorenachmittag der SPD im Gemeindezentrum
11. Dezember 1984 - 19,30 Uhr
Sitzung des Ortsbeirats im Gemeindezentrum
12. Dezember 1984 - 20.00 Uhr
NORDENSTADT GESPRÄCH "Ist der alte Ortskern noch zu retten?"
15. Dezember 1984
Weihnachtsfeier des TUS in der Taunushalle
26. Januar 1985
Kindermaskenball des MGV in der Taunushalle
18. Februar 1985
Kindermaskenball des TUS in der Taunushalle



Aus dem Ortsbeirat

Sinnvolle Initiativen und frustrierendes Gezänk können im Ortsbeirat unberechenbar aufeinanderfolgen. Die Sitzung am 7. November war ein lehrreiches und nachdenklich stimmendes Beispiel.

Die Gemeinschaftsantenne im Gebiet des Hessenrings ist eigentlich kein Problem des Ortsbeirates, denn es geht hier um privatrechtlich zu regelnde Dinge, die die Bewohner dort selber in die Hand nehmen müssen. Dennoch hat der Ortsbeirat hier die Initiative ergriffen, um den betroffenen Bürgern eine bessere Möglichkeit zu schaffen, ihre Interessen gemeinsam und öffentlich zu vertreten. Es ist ein höchst sinnvolles Verständnis unserer kommunalpolitischen Arbeit, wenn wir dort intervenieren, wo die Interessen von Firmen und Behörden - wie hier der Post - den einzelnen zu überrollen drohen oder wo Konflikte zwischen den Betroffenen, die ja auch unterschiedliche Interessen haben, sich abzeichnen. Ob die Initiative erfolgreich sein wird, wage ich nicht vorauszusagen. Immerhin: Gespräche sind in Gang gekommen, eine Bürgerversammlung hat stattgefunden, Alternativen zu dem von der Post favorisierten Vorschlag liegen vor. Der Fernsehempfang dürfte auch nach Jahresende sichergestellt sein.

Um so ärgerlicher die Diskussion über den SPD-Antrag zur Sammelstelle für Gartenabfälle. Wir möchten dazu beitragen, daß der Gartenabfall, den man nicht selber kompostieren kann, nicht zum übrigen Müll wandert, sondern in eine Kompostierungsanlage. Daß hierfür Bedarf vorhanden ist, ist evident. Einsichtig ist auch, daß ein Konzept von Fachleuten erarbeitet werden muß, denn es gibt viele denkbare Lösungsmöglichkeiten. Um ein solches Konzept wollen wir den Magistrat bitten. Doch darüber entwickelte sich eine lange Diskussion, die einfach bedrückend war. Eine solche Ansammlung von Mißverständnissen, Unterstellungen und falschen Schlußfolgerungen habe ich selten erlebt. Wo die gestalterische Phantasie am eigenen Gartenzaun endet, ist es schon ein gewaltiges Stück Arbeit, ein Problem und eine Absicht überhaupt verständlich zu machen. Der SPD-Antrag wurde schließlich vertagt! Wir hoffen auf Einsicht und Lernfähigkeit bis zur nächsten Sitzung.

Siegfried Buhl